Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Berchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Berchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 29. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 150

Ist das der Sinn der 14½ Millionen Fürstengegner?

SPD. endgültig kompromißbereit? — Ueber 2 Milliarden den Fürsten — Mit § 48 für die Abfindung — 6 Reichstagsabgeordnete der KPD. vor der Verhaftung!

Die gestrige Fraktionssitzung der SPD.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. Juni.

Der „Vorwärts“ berichtet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern nd den Bericht ihrer Mitglieder im Reichsausschuß über s Ergebnis der durchgeführten Beratungen entgegen. An n Bericht knüpfte sich eine längere Aussprache. Die Fraktion hielt den vorliegenden Gesetzentwurf für ungegend und behält sich ihre endgültige Stellung vor. Die Vertreter der Fraktion werden heute rmittag nochmals mit den Regierungsparteien verhandeln. Die Fraktion tritt dann um Uhr zusammen.“ — Man kann diese offizielle Bekanntchung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als den bergang zur Annahme der Vorlage bewerr. Umsomehr ist dieses anzunehmen, als die „Richtlinien“, die den sozialdemokratischen Unterhändlern mitgeben wurden, nur sehr unwesentliche Verbesserungen“ des Gesetzes fordern; selbst auf die Wahl r Laienrichter zum Sondergericht durch den ichstag haben die Sozialdemokraten verchtet. Sie werden sich mit der Ernennung der Richter ch Hindenburg begnügen. Das „Berliner Tageblatt“ betet, daß die Zentrumspartei im Falle des Scheiterns des setzes weiterhin für eine Reichstagsauflösung eintreten rde, da mit den Deutschnationalen keine Verständigung zu rlen war. Glaubt das „Berliner Tageblatt“, daß selbst einer Zustimmung der Sozialdemokraten bei der dritten ung des Gesetzes die Zweidrittelmehrheit nicht zusammenmen würde und es dann zur Reichstagsauflösung kommen rde? Der „Vorwärts“ berichtet kein Wort, wie stark die opposition innerhalb der sozialdemokratien Reichstagsfraktion gegen eine Zustimung zu dem Fürstenabfindungsgesetz ist.

Die monarchistische Angst vor der Reichstagsauflösung

ie „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Großagrarier, verram Sonntag seine Angst vor einer Reichstagsauflösung. Sie ndet:

„Es wäre ja auch geradezu unverantwortlich (!), die Fürstentage, die soeben Gegenstand des Volksentscheids gewesen ist, ndmals zur Parole der Reichstagswahl (!) zu machen. Deshalb winnt der Gedanke, die letzte Entscheidung bis zum Herbst zu rtagen, sobald ein Zustandekommen des Gesetzes in diesem ngesabschnitt — sei es durch Ergebnisse vor der Schlußstimmung, sei es bereits durch die Gesamthaltung der Sozialmokratie — aussichtslos erscheint, mehr und mehr an Boden.“

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt über die drohende Reichstagsösung, angstvoll die SPD.-Wähler warnend:

„Allerdings dürften sich die Sozialdemokraten trotz gegenteiliger icherungen darüber klar sein, daß diese Machtprobe letzten Endes ausschließlich der Kommunistischen Partei zugute kommen rde.“

Gerade die Angst der Fürstenknechte muß für die werktätigen ssen ein Ansporn sein, ihren stärksten Druck für die Reichstagsösung und den Sturz der Marx-Hindenburg-Regierung einzusetzen.

•

Höchste Gefahr ist im Verzuge. Alle Anzeichen deuten darauf , daß die Reichstagsfraktion der SPD. dem Fürstenkompromiß immen und damit den Fürsten weit mehr als zwei Milliarden Mark in den Rachen werfen wird. Das Abfindungskompromiß t lediglich zwei Fälle vor, die des Herzogs von Gotha und die helm des Ausgerissenen, alle anderen Fürstenforderungen sollen los bewilligt werden. Bei dem in Aussicht genommenem Kompromiß würden nicht mehr als einige wenige Millionen Mark den Fürsten nicht bewilligt werden.

Ist das der Sinn der 14½ Millionen, die am 20. Juni für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestimmt haben?

Wänder der Demokratie“, so werden alle ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter, alle Kleinbürger, die mit „Ja“ für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestimmt haben, ausrufen, n dieses Abfindungskompromiß tatsächlich zum Gesetz werden . Wir als Kommunisten sehen darin nicht die Schändung der erlichen Demokratie lediglich ihre charakteristischen Züge, da bürgerliche Demokratie höchstens für die Aufklärung der Massen n diese bürgerliche Demokratie, nie aber als das Mittel ihrer ctung angesehen werden kann. Lauter denn je rufen die 14½ Millionen nach der Reichstagsauflösung, um diesen abgefeimten Betrug an den Volksmassen zu verhindern. Mehr denn je fürchten die Rechtsparteien und auch die Regierungsparteien die Reichstagsauflösung, weil sie wissen, eine Reichstagsauflösung würde für sie einen unerhörten Zusammenbruch bedeuten. Sollen die Fürstengegner, sollen die werktätigen Massen auf diese verdiente Niederlage der Fürstenlakaien verzichten? Nie und nimmer! Darum kann es heute für die gesamten werktätigen Massen ohne Unterschied der Partei nur eine Parole geben:

Nieder mit diesem Fürsten-Reichstag, her mit der Reichstagsauflösung!

Mit § 48 für die Milliardenabfindung der Fürsten

Ein demokratischer Vorschlag

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. Juni.

Die „Vossische Zeitung“ nimmt in einem Leitartikel Stellung zum Fürstenabfindungsgesetz und macht Vorschläge, wie man mit Hilfe des § 48 das Regierungskompromiß ohne Zweidrittelmehrheit zur Annahme bringen kann. Es heißt in dem Leitartikel u. a.:

„Der Reichspräsident könnte auch die ganze Abfindung und das ganze Abfindungsverfahren durch eine Verordnung nach § 48 regeln. Aber es genügt und ist auch wohl politisch zweckmäßig, wenn er sich darauf beschränkt, durch vorübergehende Außerkraftsetzung des § 153 freie Bahn für ein einfaches Reichsgesetz zu schaffen. Damit er dies kann, genügt es, daß er sich bei der Beurteilung der politischen Lage in den Grenzen des vernünftigerweise Möglichen hält, daß also jeder unparteiische Beobachter urteilen muß: Der Reichspräsident durfte annehmen, daß beim Scheitern des Gesetzentwurfes die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet werde. § 48 ist schon bei solchen unbedeutenden Gelegenheiten unbeanstandet gehandhabt worden, daß es seltsam wäre, wenn er gerade bei dieser Hochspannung der politischen Atmosphäre versagen sollte.“

Damit machen sich die Demokraten zu Fürsprechern der monarchistischen Staatsstreichpläne mit Hilfe des § 48. Diese Stellungnahme der „Vossischen Zeitung“ soll gleichzeitig für die SPD. den Vorwand geben, offen zu den Anhängern der Fürstenabfindung überzugehen, um auf diese Weise „angeblich Schlimmeres“ zu verhindern.

Anschlag gegen 6 Reichstagsabgeordnete der KPD.

Wird der Reichstag die Immunität aufheben?

In der gestrigen Sitzung des Geschäftsordnungs-Ausschusses des Reichstages kam der Antrag des Oberreichsanwaltes auf sofortige Verhaftung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten, der Genossen Heckert, Koenlein, Pfeifer, Koenen, Remmele und Stöcker, zur Verhandlung. Es handelt sich um das bekannte Hochverratsverfahren gegen die Zentrale der Kommunistischen Partei aus dem Jahre 1923. Das Verfahren erstreckt sich auch auf andere angebliche Mitglieder der damaligen Zentrale, auf die Genossin Klara Zetkin und die Genossen des Preußischen Landtags Eberlein und Pieck. Aus denselben Gründen wurde vor wenigen Tagen im Sächsischen Landtag die sofortige Verhaftung des Genossen Böttcher beschlossen. Der preußische Landtag hat seine Stellungnahme noch bis zur Entscheidung des Reichstags vorbehalten.

In der gestrigen Sitzung nahm als Berichterstatter zunächst der SPD.-Abgeordnete Landsberg das Wort, der zu dem Schluß gelangte, daß die Anklageschrift gegen die kommunistischen Abgeordneten auf so schwachen Füßen stehe, daß man unmöglich daraus eine persönliche Verantwortung für die einzelnen Abgeordneten herleiten könne. Nach ihm ergriff der berüchtigte Reichsanwalt Neumann das Wort, um für die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten zu plädieren. Der Ausschuß hat bis jetzt noch keinen Beschluß über die Verhaftung gefaßt.

Der Zeitpunkt, den sich die Reaktion zur Immunitätsberaubung und Verhaftung unserer Genossen ausgesucht hat, ist nicht ungeschickt gewählt. Man will die tatsächlichen Fürstengegner mundtot machen, damit die Fürstenabfindung trotz der 14½ Millionen Stimmen um so besser gelingt. Die Massen wissen, daß diese drohende Verhaftung nicht eine persönliche Angelegenheit unserer Genossen ist, sondern ein Schlag gegen die breiten Massen der Werktätigen. Es gilt alle Kräfte zu mobilisieren, daß dieser Anschlag der Reaktion mißglückt, die schlagkräftige Einheitsfront der 14½ Millionen gegen die Abfindung der Fürsten wird diesen Schlag parieren können.

Die Abfindungs-Schmach

Die Regierungsvorlage über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemaligen deutschen Fürsten ist eine elende Täuschung der Volksmassen. Sie soll den Anschein erwecken, als ob damit eine „gerechte und befriedigende“ Lösung der Fürsten-Abfindungsfrage erreicht werde. In Wirklichkeit ist gar nicht einmal beabsichtigt, die Frage der Fürstenforderungen und -abfindungen in ihrem ganzen Umfang aufzurollen, geschweige denn zu lösen. Im Gegenteil: das ganze Kompromiß ist lediglich auf zwei Fälle abgestellt, auf Preußen und Gotha. Alles andere soll von vornherein unberührt bleiben!

Die werktätigen Massen Deutschlands sind aufs tiefste empört über die schamlosen Forderungen der Mecklenburger Fürstinnen und Mätressen, über die unerhörten Aufwertungsansprüche in Mecklenburg und Hessen, über die ungeheuerlichen Gerichtsurteile im Falle Schwarzburg-Sondershausen. Aber an all diese Dinge rührt das Kompromißgesetz gar nicht. Auch die Sozialdemokratie hat gegen die Abfindungen in Bayern, in Braunschweig, in Württemberg entrüstete Proteste erhoben. Von all den Hunderten von Millionen, die dort den Fürstenhäusern in den Rachen geworfen wurden, würde das Fürstenkompromiß der Marx-Külz-Regierung dem Volke keinen Pfennig zurückgeben. Trotzdem betätigt sich die SPD. an diesem Kompromiß. Sie nennt die Ablehnung aller ihrer Anträge positive Mitarbeit: „So lag ich und so führt ich meine Kinge“ — prahlt der verprügelte Falstaff.

Die von der kommunistischen Fraktion angestellte Berechnung hat ergeben, daß es sich bei dem Fürstengut um den ungeheuren Wert von mindestens 2,6 Milliarden Mark handelt. Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum haben diese Zahlen als richtig zugegeben, ja sogar erklärt, daß sie wahrscheinlich noch immer zu gering seien. Von diesen 2,6 Milliarden Mark aber will das Kompromißgesetz ja nur einen kleinen Teil erreichen zum Gegenstand des Schiedsstreits vor dem Sondergericht der Hindenburg-Richter machen, nämlich etwa 600 Millionen der Hohenzollern und 200 Millionen der Gothaer. Mehr als zwei Drittel des Fürstengutes bleiben den Fürsten also von vornherein sichergestellt!

Aber trotzdem arbeiten die Sozialdemokraten auch weiter mit an dem Kompromißgesetz. Sie nehmen die Schande des Massenbetrugs auf sich und unterstützen die fürstendienerische Marx-Külz-Regierung in ihrem doppelten Bestreben, die Fürsten zu befriedigen und die Massen darüber zu täuschen. Die 15 Millionen Werktätigen des Volksentscheids haben die entschädigungslose Enteignung aller Fürsten gefordert. Die SPD. aber hat bereits am Tage nach der Abstimmung auf die Enteignung verzichtet; sie hat sich wiederum auf den Boden der juristisch-rechtlichen Auseinandersetzung gestellt und hat jetzt auch darin ihre ganze Tätigkeit begrenzt auf die Fälle Preußen und Gotha.

Um den Schein zu wahren, hatte die SPD. wiederum ihren alten Antrag gestellt, daß das Sondergericht von Amts wegen alle Auseinandersetzungen mit den früheren Fürsten wieder aufzunehmen habe. Diesen Antrag haben alle bürgerlichen Parteien abgelehnt. Aber damit mußte die SPD. von vornherein rechnen. In den früheren Beratungen war dieser Antrag abgelehnt worden, obwohl die SPD. ausdrücklich erklärt hatte, seine Annahme sei eine wesentliche Bedingung, ohne deren Erfüllung die Sozialdemokratie dem Kompromiß nicht zustimmen könne. Bei der letzten Abstimmung ließ die SPD. von solchen Bedingungen nichts mehr hören. Ihr Antrag war eine leere Geste, eine Maskerade ihres Umfalls. Auch nach seiner Ablehnung arbeitet die SPD. unentwegt weiter an der „Verbesserung“ des Kompromisses.

Es handelt sich also heute gar nicht mehr um Aufrollung der gesamten Fürstenforderungen oder -abfindungen. Darauf hat die SPD. längst verzichtet. Es handelt sich nur noch, die Bestimmungen zu treffen, nach denen unter Umständen eventuell die Fälle Preußen und Gotha neugeregelt werden können. Diese Bestimmungen aber sind so, daß von der Streitmasse der 800 Millionen für die Länder nicht allzuviel gerettet wird. Die SPD. weiß das. Sie weiß, daß ein Sondergericht, welches von Hindenburg bestellt wird, ein Gerichtshof für die Fürsten und gegen das Volk sein wird.

Die SPD. stellte den heldenmütigen Abänderungsantrag, daß die Richter des Sondergerichts Laien sind und nicht von Hindenburg, sondern vom Reichstag zu ernennen sein sollen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstag, die Marx' und Westarp würden aber ein ebenso zuverlässiges Monarchistenkollegium zusammenstellen, wie Hindenburg es tun würde. Auch im Staatsgerichtshof

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0001

sitzen Laien, nicht zuletzt sozialdemokratische Führer — und der mit Laien ausgekleidete Staatsgerichtshof verurteilt Woche um Woche Arbeiter zu Zuchthaus. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Fürsten auf alle Fälle ein angemessenes Einkommen gesichert erhalten müssen. Die SPD. will dieses Einkommen nur bis 1950 bewilligen. Die Fürsten sollen es dankbar anerkennen, daß die Sozialdemokratie ihnen auf ein Menschenalter hindurch eine „fürstliche" Existenz sichern will.

Die sogenannten Verbesserungsanträge der SPD. verschleiern nicht mehr die Tatsache, daß die SPD.-Führer kapitulieren wollen. Die 15 Millionen wollen aber nicht kapitulieren. Sie werden mit den SPD.-Führern für ihren jämmerlichen Wortbruch abrechnen.

Das unmögliche Fürstenkompromiß

Ablehnung von der SPD.-Presse gefordert

Die sozialdemokratische Presse begnügt sich in ihren Sonnabend- und Sonntags-Ausgaben mit einer bloßen Wiedergabe des Berichts der Verhandlungen des Rechtsausschusses. Sie nimmt, offenbar auf Anweisung des Parteivorstandes, davon Abstand, sich selbständig zu dem im Rechtsausschuß beschlossenen Schandgesetz zu äußern. Nur zwei Zeitungen machen eine Ausnahme.

Das „Hamburger Echo" und die „Chemnitzer Volksstimme" erklären den angenommenen Kompromiß für nicht annehmbar und seine Ablehnung durch die SPD. für „wahrscheinlich". Das „Hamburger Echo" schreibt:

„Aber was den Deutschnationalen als weites Entgegenkommen an die Sozialdemokratie gilt, kann die Sozialdemokratie nicht befriedigen . . . Im ganzen ist jedoch nach den geistigen Ausschußbeschlüssen (vom Freitag) das Entgegenkommen an die Sozialdemokratie gering . . . Daß in einer neuen Ausprache ein wesentlich größeres Entgegenkommen erreicht wird, ist unwahrscheinlich, und also wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie das Kompromiß ablehnen wird."

Schärfer noch schreibt die „Chemnitzer Volksstimme":

„Die weiteren Verhandlungen im Rechtsausschuß haben — das ist unsere Meinung — wieder gezeigt, daß an einer ernsthaften Umgestaltung des Kompromisses zum Besseren kaum zu denken ist. Es wird also schon dabei bleiben müssen, daß wir am besten tun, dem ganzen Spuk durch eine schnelle Auflösung ein Ende zu machen und die Götzendämmerung der Reaktion zu beschleunigen."

Nach diesen Aeußerungen ist unverständlich, weshalb für die SPD. überhaupt noch die Frage erörtert werden kann, ob man dem Fürstenkompromiß zustimmen dürfe. Und noch unverständlicher ist die Polemik der SPD. gegen die KPD., die im Rechtsausschuß eine klare ablehnende Haltung gegenüber dem Fürstengesetz einnimmt. Aus den Zeilen der „Chemnitzer Volksstimme" spricht nichts als die Angst, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion umfallen und dem Kompromiß zustimmen könnte.

DLV.-Bureaukraten mit der Polizei gegen die proletarische Einheitsfront

An der Demonstration der Landarbeiter des Bezirks Magdeburg in der Stadt Magdeburg vom Sonntag beteiligten sich rund 800 bis 1000 Landarbeiter. **Die Absicht der Industriearbeiter, gemeinsam mit den Landarbeitern zu demonstrieren, wurde durch den Gauleiter des DLV. Brandenburger und den Hauptvorstand Georg Schmidt sabotiert.** Beide ließen **durch Polizei** die Industriearbeiter und die Kapelle des RFB. von der Straße vor dem Versammlungslokal vertreiben. Im Innern der Stadt schlossen sich dann aber doch die **Industriearbeiter** und die Kapelle **dem Demonstrationszug der Landarbeiter an.** Die Ortsgruppe Egeln des DLV. und viele Arbeiter anderer Ortsgruppen formierten sich hinter der Kapelle des RFB. Die Landarbeiter waren über das Vorgehen Brandenburgers äußerst empört. Nach der Demonstration wurden die **oppositionellen Landarbeiter durch die Gauleitung aus dem Lokal verwiesen.**

Die Verbandstagswahlen im DMV.

Günstige Lage für die Opposition

In **Halle** stand nur die Liste der Opposition zur Abstimmung, da bei der Kandidatenaufstellung die SPD.-Liste völlig abgerutscht war. Von den 1100 abgegebenen Stimmen entfielen 864 auf den Genossen Georg Schumann, der damit gewählt ist, und 126 auf den Erfurmann Genossen Lüttich; etwa 100 ungültige Stimmen wurden für den SPD.-Kollegen Täumel eingetragen.

In der Stadt **Merseburg** (vom Wahlkreis liegt das Resultat noch nicht vor) entfielen von 163 abgegebenen Stimmen auf

Liste A (Amsterdam)	119 Stimmen
Liste B (Opposition)	43 Stimmen
Ungültig	1 Stimme.

Aus **Wittenberg** wird gemeldet:

Liste A (Hänisch)	14 Stimmen,
Liste B (Scheuffler)	276 Stimmen,
ungültig	2 Stimmen.
Wahlbeteiligung	30 Prozent.

In **Eisleben** wurden bei noch schlechterer Wahlbeteiligung (?) abgegeben:

Liste A (Lademann)	28 Stimmen,
Liste B (Langer)	11 Stimmen.

In **Naumburg** wurden bei 50prozentiger Wahlbeteiligung abgegeben:

Liste A (Lademann)	86 Stimmen,
Liste B (Langer)	10 Stimmen,
ungültig	2 Stimmen.

Die SPD.-Hochburg **Zeitz** war mit Schoenebeck bei Magdeburg zu einem Wahlkreis zusammengelegt (!). Beide zusammen haben 1227 Stimmen für die Reformisten, 195 Stimmen für die Opposition und 7 ungültige Stimmen. Für Zeitz allein liegen vor:

Liste A (Goldstein)	721 Stimmen,
Liste B (Schütz)	162 Stimmen,
ungültig	7 Stimmen.

Aus dem Reich liegen folgende Ergebnisse vor:

	Opposition	Amsterdam
Essen	1194	1152
Frankfurt a. M. (Teilresultat)	310	1330
Hanau (Teilresultat)	761	129
Düsseldorf	875	1048
Ichtershausen	417	14
Tambach-Dietarz	198	23
Weimar	122	53
Arendsstadt (283 ausgesteuerte erwerbslose Kollegen wurden hier einfach nicht zur Wahl zugelassen!)	71	70
Gotha	270	38
Stuttgart	1744	1019
Eßlingen	681	192
Leipzig	3386	4102
Plauen	454	298
Dresden	4085	6377
München	693	1572
Amberg (Teilresultat)	111	23
Leonberg	91	8
Teublitz	51	6
Burg, Lengenfeld (Wahlbeteiligung 76 Prozent)	109	46
Mönchshofen	42	2
Bremen	648	1626

Die Vorlage über den 8 Stundentag im Unterhaus

(WTB.) **London**, 28. Juni.

Schon bei Beginn der zweiten Beratung der Vorlage über den Achtstundentag im Bergbau waren Anzeichen für den erbitterten Widerstand zu bemerken, den die Arbeiterpartei dagegen zu leisten gedenkt. Der Arbeitsminister Steel Maitland, der häufig durch Gelächter und ironische Zurufe der Arbeiterpartei unterbrochen wurde, führte aus, daß es sich nicht um eine dauernde Maßnahme handle, daß die Bergleute nicht gezwungen werden sollen, eine Stunde länger zu arbeiten, sondern, daß ihnen dies freistehe und daß der Regierung infolge der unnachgiebigen Haltung der Führer der Bergleute gar kein anderer Weg offen bliebe. Er wandte sich weiter gegen die Behauptung, daß ein allgemeiner Angriff auf Arbeitszeit und Löhne geplant sei. Die Regierung habe sich von der Erwägung leiten lassen, zu tun, was für das Land, die Industrie und die Bergleute am besten sei.

Walsh (Arbeiterpartei) beantragte die Ablehnung der Vorlage und sagte, die Regierung habe ihre frühere Zusage, zu dem Bericht der Kohlenkommission zu stehen, nicht gehalten. Bei Annahme des Gesetzes würden die Arbeiter länger zu arbeiten haben, als die irgendeines anderen großen europäischen Kohlengebietes.

Im weiteren Verlauf der Debatte, ergingen sich verschiedene Arbeitervertreter in äußerst heftigen Angriffen gegen die Regierung.

Vertagung der Unterhausdebatte über den Achtstundentag

(WTB.) **London**, 28. Juni.

Das Unterhaus hat die Weiterberatung über den Achtstundentag im Bergbau nach einer Debatte, die keine wesentlich neuen Momente ergab, auf morgen vertagt.

•

Noch kann es die englische Regierung nicht wagen, zum entscheidenden Schlag gegen die Bergarbeiter auszuholen. Noch steht die Kampffront der englischen Kumpels, noch ist mit ihnen die Sympathie der breiten Schichten des englischen Proletariats. Aber auch die englischen Bergarbeiter können nicht ewig aushalten, wenn ihnen nicht die Unterstützung der internationalen Arbeiterschaft zuteil wird. Nach wie vor müssen die Sammlungen fortgesetzt werden. Weit wichtiger aber ist es, den Transport, die Ausfuhr von Streikbrecherkohle nach England zu verhindern.

Die deutsche Kohleneinfuhr in England

London, 28. Juni.

Im Unterhause wurde heute in Beantwortung einer Anfrage von einem Regierungsvertreter erklärt, daß im Zusammenhang mit dem Streik der Bergleute vom 1. Mai bis 24. Juni nach England 585 000 **Tonnen Kohle** eingeführt worden sind, **darunter 221 000 Tonnen aus Deutschland.**

Wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht die Bedeutung des englischen Kampfes begreift und die Ausfuhr solcher Riesenmengen deutscher Kohle unterbindet, arbeitet sie an ihrer eigenen Versklavung, schmiedet sie sich ihre eigenen Ketten. Einer Niederlage der englischen Bergarbeiter wird die Generaloffensive des internationalen Unternehmertums folgen. Das gilt es zu erkennen und die notwendigen Lehren zu ziehen.

Ein neuer Generalstreik

London, 29. Juni.

Der Minister des Innern sagte in einer Rede, er teile nicht die Auffassung, daß von einem Generalstreik nicht mehr die Rede sein könne. Die Bemühungen der revolutionären Elemente zur Entsachung eines solchen seien weiter energisch im Gange.

Verweigerung der Notstandsarbeiten

London, 29. Juni.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, hat erklärt, daß, wenn die Regierung bzw. die Bergwerksbesitzer weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren würden, der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes heute die Zurückziehung der mit der Instandhaltung der Bergwerke beschäftigten Sicherheitsleute erwägen werde.

Schwere Bauernunruhen in Polen

Spaltung der PPS.

(Eig. Drahtm.) **Warschau**, 29. Juni.

Gestern fanden in vielen Städten sozialistische Versammlungen statt, in denen die sofortige **Sejmauflösung und Neuwahlen** gefordert wurde. In **Hohensalza** kam es während einer Straßendemonstration **zu Zusammenstößen zwischen PPS. (Sozialdemokraten) und Kommunisten.** Die Polizei griff zum Schutz der Sozialdemokraten ein. Aus dem Wilna-Gebiet werden schwere Unruhen unter der Bauernschaft gemeldet. Im Kreise Molodetchno kam es zu Zusammenstößen zwischen Bauern und Polizei. Als die Polizei Verhaftungen vornehmen wollte, stürzten sich **Bauern, mit Keulen und Dreschflegeln bewaffnet, auf die Polizei, um somit die Verhafteten zu entreißen. In der polnischen Sozialdemokratischen Partei** der Bezirke Oberschlesien, Krakau und Lublin ist eine **Spaltung eingetreten,** dadurch, daß eine Anzahl Gruppen des linken Flügels aus der Partei ausgetreten sind und **„Die polnische Sozialdemokratische Partei der Linken"** gründete. Es wird damit gerechnet, daß sich **verschiedene Abgeordnete des linken Flügels** der Fraktion dieser neuen Partei anschließen werden.

Aufruf der 4. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen zum Intern. Genossenschaftstag

An alle werktätigen Frauen!

Arbeiterinnen! Hausfrauen des schaffenden Volkes.

Am **4. Juli,** dem **Internationalen Propagandatag der Genossenschaften,** tretet in großen Massen auf den Plan! Nehmt an den Veranstaltungen und Kundgebungen dieses Tages teil! Tragt dazu bei, daß diese Veranstaltungen zu einer Demonstration der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuterklasse werden!

Auf Euch, Ihr werktätigen Frauen, lastet mit doppelter Schwere das Joch der kapitalistischen Ausbeutung. Darum müßt Ihr in Reih und Glied mit den werktätigen Männern gegen Eure Ausbeuter und Unterdrücker kämpfen. Eine wichtige Stütze in diesem Kampfe gibt Euch der Zusammenschluß in den **Genossenschaften.**

Durch organisierte gegenseitige Hilfe in den Genossenschaften müßt Ihr Euch gegen die Bestrebungen des Großkapitals wehren, das durch seine Wucherkonzerne, durch Zoll und Steuerdruck, Euch das karge tägliche Brot noch mehr zu schmälern sucht. Und mehr noch als das können die Genossenschaften leisten. Durch Organisation der Lebensmittelversorgung können sie den arbeitenden Massen in allen ihren Kämpfen gegen die Kapitalistenklasse eine wesentliche Unterstützung gewähren. Sie müssen die **Verpflegungskammern der kämpfenden Arbeiterarmeen** werden.

Wenn die Genossenschaften in den kapitalistischen Ländern heute noch nicht das sind, was sie sein müssen und sein können, so sind hieran schuld die **reformistischen Führer,** die dem Kampf Eurer Klassenfeinde auszuweichen suchen.

Denkt an das Beispiel des letzten schweren Kampfes der **britischen** Arbeiter. Die Genossenschaften der revolutionären Arbeiter und Bauern der **Sowjetunion** waren als die ersten zur Stelle, um die kämpfenden Arbeiter tatkräftig durch materielle Hilfe zu unterstützen. Die **Internationale Genossenschaftszentrale** dagegen, die von den **Reformisten** beherrscht wird, lehnte jede Unterstützung ab.

Arbeiterinnen! Schaffende Hausfrauen!

Die reaktionäre Haltung der Genossenschaftsbürokratie darf für Euch kein Grund sein, den Genossenschaften fern zu bleiben. An den werktätigen Massen selber liegt es, aus den Genossenschaften eine wirksame Waffe zur Unterstützung des proletarischen Klassenkampfes zu machen. Die **arbeitenden Frauen** müssen besonders dazu mithelfen. Eure Losung muß sein:

Jede Arbeiterin, jede Hausfrau des schaffenden Volkes hinein in die Genossenschaft!

Nützt jede Möglichkeit aus, in den Genossenschaften mitzubestimmen und mitzuarbeiten. Viele wichtige Aufgaben können die Genossenschaften nur dann erfüllen, wenn gerade die Frauen aktiv mitwirken. Wendet Euch in den Genossenschaften gegen den reaktionären Kurs der reformistischen Führer! Werbt und wirbt dafür, daß die Genossenschaften sich einreihen in die Klassenfront des kämpfenden Proletariats, daß sie die ganze Kraft ihrer Massenorganisationen einsetzen für folgende **Aufgaben:**

Kampf gegen die Teuerung, gegen die Auswucherung der Massen durch die Kartelle des Großkapitals, durch Verbrauchssteuern und Zölle! Kampf gegen die kapitalistischen Regierungen und gegen das ganze kapitalistische System!

Solidarisierung mit den Arbeitern bei allen ihren Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Kreditgewährung an Streikende und Arbeitslose deren unentgeltliche Verpflegung, Errichtung von Speisehallen und Kinderfürsorgeanstalten.

Festes Kampfbündnis mit den Gewerkschaften und allen Klassenorganisationen des kämpfenden Proletariats.

Bündnis mit den Arbeitern und Bauern der revolutionären Sowjetunion. Enge Zusammenarbeit mit den Genossenschaften der Sowjetunion.

Laßt Euch nicht durch die Versuche der Genossenschaftsbureaukratie abschrecken, Euren revolutionären Willen auszuschalten. Kämpft unermüdlich für Eure Forderungen und macht sie zu Eurer Losungen, die Ihr laut zum Ausdruck bringen müßt auch am Internationalen Propagandatag!

Es lebe die internationale Solidarität aller Werktätigen!

Nieder mit dem mörderischen kapitalistischen System und allen seinen Helfershelfern!

Hoch der Kampf und Sieg der Proletarier aller Länder!

Moskau, den 10. Juni 1926.

Die 4. Internationale Konferenz der Kommunistinnen.

Politische Randbemerkungen

Canaillenmoral. Vor einiger Zeit brachte der „Vorwärts" einen Artikel über die Russische Handelsvertretung in Berlin, der bezeichnende Klage führte über die schlechte soziale Stellung der dortigen Angestellten. Die prompt erfolgende Antwort der Russischen Handelsvertretung in der „Roten Fahne" stellte dem „Vorwärts" lediglich folgende Frage: In welchem Betriebe Deutschlands der einfache Angestellte 300 Mark bezöge und in welchem Betriebe es nur eine Abstufungen des Gehalts gäbe. Der „Vorwärts" hat nach der Antwort der Russischen Handelsvertretung darauf verzichtet, noch einmal in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen. Gestern nun veröffentlicht das „Volksblatt" eine längere Notiz aus Paris, die aus einem von Kerenski herausgegebenen Winkelblättchen stammt und die vom „Volksblatt" mit der Ueberschrift versehen wird: „Die Russische Handelsvertretung — eine Schieberkompagnie?" Es wird dort behauptet, „daß das gesamte Personal durch und durch korrupt sei und die Vergebung der von der Sowjetregierung für die deutsche Industrie erteilten Aufträge von ungeheuren Provisionen abhängig mache". Die Wandlung ist höchst sonderbar. Zuerst entdeckt die SPD. ihr soziales Herz für die Angestellten der Russischen Handelsvertretung. Nachdem sie davon überzeugt worden mußte, daß dies höchst überflüssig war und daß dem deutschen Arbeiter gegenüber anzuwenden wäre, wird der Spieß umgedreht und das gesamte Personal der vollkommenen Korruption und eines riesigen Wohllebens beschuldigt. Das „Volksblatt" hütet sich, irgendwelche Namen oder konkrete Einzelheiten zu berichten. Das ist eine Feigheit und Infamie sondergleichen. In demselben „Volksblatt" wird eine Sudelei über den Grühner-Prozeß berichtet und moralisches Sündengericht gehalten über die elenden Verleumdungsmethoden der Herren Lindemann & Co. Nun, diese Verleumdungsmethoden haben wenigstens noch den Vorzug gehabt, gerichtlich geklärt werden zu können. Hier aber schmiert man anonym und weiß: So kann man nicht belangt werden. Canaillenmoral!

Da lachen die ältesten Amsterdamer Hühner. Das gestrige „Volksblatt" überschreibt die Delegiertenwahlen zum Metallarbeiterverbandstag mit der Ueberschrift: „Kommunistische Niederlage im DMV." Ohwoh! aus Berlin und anderen großen Städten die Resultate bereits vorliegen, drückt sich das „Volksblatt" vor der Veröffentlichung dieser Resultate, um lediglich ein Resultat aus dem Wahlkreis Zeitz-Schönebeck zu melden. Es schließt die Meldung mit den Worten: „es ist an der Niederlage der Moskauer Gewerkschaftszerstörer nicht zu zweifeln". Wir wollen nur ein Resultat herausgreifen: Groß-Berlin schickt zum Verbandstag der Metallarbeiter keinen einzigen Amsterdamer, sondern nur die Bereiter der Opposition. Das ist bislang noch nie der Fall gewesen. Selbst nicht zum Kasseler Verbandstag, an dem die Kommunisten bekanntlich sehr günstig abgeschnitten haben. Das „Volksblatt" mag getrost weiter den Kopf in den Sand stecken und von kommunistischer Niederlage faseln. Es radiert damit nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Opposition in den Gewerkschaften nach großen Niederlagen zwar — in erfreulichem Wachsen begriffen ist. Die ältesten Amsterdamer Hühner werden über diese „Niederlage" lachen und bitter hinzufügen: Noch mehr solcher Niederlagen und wir haben uns totgesiegt.

Eine Schwindelmeldung des Magistrats Buer. Der Magistrat der Stadt Buer hat am 21. Mai ein Schreiben an alle Betriebsräte gerichtet, worin er erwähnt, daß am 18. Mai eine Besprechung sämtlicher Parteien und Bekenntnisse stattgefunden habe und man dort der einmütigen Auffassung gewesen wäre, an die Betriebsräte zur Durchführung der Zeppelin-Eckener-Spende heranzutreten. Hierzu erklärt die kommunistische Fraktion: Den kommunistischen Mitgliedern des Magistrats Buer ist von einer solchen Sitzung nichts bekannt und sie würden, wenn eine solche stattgefunden hätte, und sie eingeladen worden wären, dort in der schärfsten Form gegen den Schwindel der Zeppelin-Eckener-Spende Stellung genommen haben. Die kommunistische Magistrats-Fraktion hat bereits im Januar einen Antrag des Magistrats, 100 Mark für diese Spende zu bewilligen, abgelehnt und zu diesem Zweck eine besondere Erklärung abgegeben.

Die kommunistische Magistrats-Fraktion wird in der nächsten Sitzung des Magistrats zu dem bewußte Unwahrheiten enthaltenden Schreiben des Magistrats Buer an die Betriebsräte Stellung nehmen. Sie fordert alle Betriebsräte auf, den Bettelbrief des Magistrats ablehnend zurückzusenden.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der Barmat-Prozeß erst im nächsten Jahr. Wie eine in Berlin erscheinende Korrespondenz erfährt, ist der Barmat-Prozeß, der ursprünglich im Herbst dieses Jahres stattfinden sollte, um 6 bis 7 Monate verschoben worden, da der Vorsitzende in diesem Prozeß, Landgerichtsrat Neumann, vom Oberreichsanwalt mit der Durchführung der Untersuchung gegen Justizrat Claß und die anderen von der letzten Polizeiaktion her bekannten Mitglieder der Reichsparteien betraut worden ist.

Russische Antwort auf die Hetze Englands. Die Sowjetregierung hat eine offizielle Erklärung veröffentlicht, die eine Antwort darstellt auf die Hetze, die England anläßlich der Streikunterstützung der russischen Arbeiter für die englischen Bergarbeiter entfachte. Es heißt in dieser Erklärung u. a.: „Die Sowjetregierung hält es für unter ihrer Würde, auf die Angriffe einiger britischer Minister gegen die Sowjetunion und ihre Gewerkschaften anläßlich der von ihnen geleisteten Hilfe für streikende englische Arbeiter einzugehen."

Auswirkungen der Inflation. Ab 1. Juli wird der Preis sämtlicher in Paris erscheinenden Zeitungen von 20 Centimes auf 30 Centimes heraufgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0002

Kämpfende · Jugend

Schickt eine Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland

Fast ein ganzes Jahr ist vergangen, seit die erste Delegation der ...schen Jungarbeiter nach Sowjet-Rußland reiste, um eine enge ...erbindung mit der russischen Jugend herzustellen und zu unter...chen, wie die russische arbeitende Jugend lebt und was sie treibt. ...n allen Versammlungen, wo Jugenddelegierte berichteten, hörten ...it von dem unentwegten Aufstieg der russischen Wirtschaft, von der ...ausgebauten Fürsorge für Jugendliche. Heute versucht die Bour...geoisie aufs neue, das Lügennetz über den ersten Arbeiterstaat enger zu spinnen und damit die geschlossene Front der deutschen mit den russischen Arbeitern wieder zu zerreißen.

Das darf nicht geschehen!

In Deutschland gehen die Unternehmer zu besonders scharfen An...griffen gerade auf uns junge Arbeiter über. In unserer eigenen Lage sollen wir nicht erkennen, daß wir ebenso wie in Sowjet...rußland das Grundübel, nämlich die kapitalistische Gesellschafts...ordnung, beseitigen müssen, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Gerade deshalb müssen wir uns noch viel enger mit der arbeitenden Jugend in Sowjet-Rußland verbünden. Der Russische Leninistische Kommunistische Jugendverband wendet sich mit folgendem Aufruf

An die Arbeiterjugend aller Länder!

Genossen und Brüder!

Bald werden es neun Jahre sein, seitdem die Arbeiterklasse in unserem Lande die Macht in ihre Hand genommen hat und mit Unterstützung der breiten Massen der arbeitenden Bauernschaft die sozialistische Gesellschaft aufbaut. Trotz der großen Schwierigkeiten und der unerhörten Hindernisse, die der ersten Arbeiterrepublik der Welt im Wege standen, hat die Arbeiterklasse der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **große und ernsthafte Erfolge errungen.** Als aufsteigende Klasse, die eine neue Gesellschaft aufbaut, hält die Arbeiterklasse der UdSSR. für **eine ihrer wichtigsten, hauptsächlichsten Aufgaben die Erziehung und Heranschulung der jungen Generation.** In der ganzen Welt gibt es keinen einzigen Staat, der so viel sorgfältige Aufmerksamkeit der Jugend und den Kindern widmet wird; es gibt in der Welt kein einziges Land, wo um Fragen der Erziehung der Jugend und der Kinder eine solche Atmosphäre der öffentlichen Pflege und Sorgfalt geschaffen worden ist, wie in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Wahrheit über das einzige Land, in dem die Diktatur des Proletariats verwirklicht ist, wird von der Bourgeoisie und den Führern der sozialdemokratischen Parteien und Jugendverbände mit allen Mitteln entstellt. Das Organ der „Sozialistischen" Jugendinternationale behauptet, daß Sowjet-Rußland kein proletarischer Staat sei. Ueber die Lage der Arbeiterjugend in unserem Lande werden freche, ungeheuerliche Geschichten erzählt. Die Bourgeoisie und ihre Speichellecker können um so leichter lügen, da nicht alle Proletarier der ganzen Welt eine klare Vorstellung über Ergebnisse der großen Oktober-Revolution, über unsere Erfolge auf dem Gebiete der sozialistischen Aufbauarbeit, über die Arbeits- und Lebensverhältnisse unserer Arbeiterjugend (Vier- und Sechstagetag, vier Wochen Urlaub, Erholungsheime usw.), über das System der sozialistischen Erziehung der Jugend in der Sowjetunion u. a. haben.

Die Arbeiterjugend der Sowjetunion hält die Entsendung solcher Delegationen der jungen Arbeitsbrüder aus den kapitalistischen Ländern in unser Land für außerordentlich wichtig. Diese Delegationen überbringen der Arbeiterjugend der Welt die Wahrheit über die Sowjetunion, so wie sie ist, nicht gefärbt und nicht entstellt, wie durch die bewußten boshaften Feinde des Proletariats.

Gemäß dem Beschluß des 7. Kongresses des Leninistischen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion, im Namen von 1 000 000 in seinen Reihen organisierten jungen Proletariern und Bauern laden wir Euch, Genossen und Brüder, noch einmal ein, Arbeiterjugenddelegationen in unser Land zu senden.

Wählt sie in den Fabriken und Werkstätten, auf den Konferenzen der Arbeiterjugend, in den Arbeiterorganisationen. Mögen es Leute verschiedener politischer Richtung sein: wenn sie wirklich die Massen der Arbeiterjugend vertreten, wenn sie wirklich aufmerksam das Leben und unseren Kampf kennenlernen wollen, sind sie uns herzlich willkommen. Die Arbeiterjugend der Sowjetunion wird als teure Gäste, als Arbeits- und Klassenbrüder empfangen.

Vor einigen Monaten hat die Sozialistische Jugendinternationale, mit allen Mitteln die Entsendung von Jugend-Delegationen nach der USSR. zu verhindern sucht, den Vorschlag gemacht, eine Delegation nach unserem Lande zu entsenden, die aber **nicht aus den Arbeitern, sondern aus den Leitern und Angestellten der SJ.** bestehen sollte, eine Delegation, die nicht von den Arbeitern in den Betrieben und auf den Konferenzen gewählt, sondern von der SJ. selbst vom Parteistandpunkt aus zusammengestellt werden soll.

Genossen! Jeder bewußte Arbeiter wird sofort den Sinn dieses Vorschlages erkennen. Eine solche Delegation, wie sie die SJ. vorschlägt, **würde eine voreingenommene Delegation sein,** die nicht zum Zweck fahren würde, um die Wahrheit über das proletarische Leben zu erfahren, um diese Wahrheit den Hunderttausenden junger Arbeiter zu erzählen. Eine solche Delegation würde nichts anderes als ein Parteigericht einer Partei über eine andere. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale in ihrer Antwort an die SJ. vollkommen richtig festgestellt und wir schließen uns dieser Antwort vollinhaltlich an. Jeder bewußte Arbeiter versteht sehr gut, daß eine unparteiische, objektive Einschätzung der Lage in der Sowjetunion nur eine solche Delegation geben kann, die nicht nach dem Parteiprinzip zusammengestellt, sondern von den breiten Jungarbeitermassen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit gewählt worden ist. Deshalb verzichten wir auf eine solche bewußt vorgenommene, bewußt nicht objektive Delegation. Wir verzichten auf ein Gericht der sozialdemokratischen Partei über uns. Wir rufen die Arbeiterjugend der ganzen Welt ein, selbst ihre Delegierten zu wählen, die aus den Vertretern der verschiedensten politischen Richtung bestehen können.

Von unserer Seite aus sind wir ebenfalls bereit, Delegierte der Arbeiterjugend aus den Fabriken und Werkstätten unseres Landes zu entsenden, um uns mit dem Leben, mit der Arbeit und dem Kampf der jungen Proletarier in den bürgerlichen Staaten bekannt zu machen.

Es lebe das enge Bündnis der Arbeiterjugend der Sowjetunion und der kapitalistischen Länder!

Im Auftrag des 7. Kongresses des Leninistischen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjet-Union:

Zentralkomitee des LKJV. der SU.

Diese Einladung kommt uns gerade recht! Auch die mittelständischen Unternehmer werden immer frecher. Wirtschaftliche Ver-

Nach dem Volksentscheid

Der Volksentscheid ist vorüber. 14,5 Millionen haben gegen die raubgierige Fürstenmeute und ihre Helfershelfer demonstriert. Trotz des ungeheuren Terrors der Faschisten, trotz der Hetze der Fürstenknechte und dem offenen Verfassungsbruch haben 14,5 Millionen Werktätige für die Parole der Kommunistischen Partei gestimmt. Das ist ein Dokument dafür, daß die Partei und auch der Jugendverband aus der Isolierung herausgekommen sind.

Auch die Jugend, die wir beim Volksbegehren noch nicht in so hohem Maße erfassen konnten, marschierte mit auf. Im **Ruhrgebiet** war es besonders die **katholische Jugend,** die mit uns in der ersten Kampfreihe stand. In einer Versammlung in Essen, an der etwa 600 Jugendliche teilnahmen, erklärte ein junger Katholik: „Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Blut ist dasselbe wie christliches Blut. Ihr wollt, daß wir unter der roten Fahne gegen die Fürsten gehen. Gut, wir sind dafür zu haben. **Wir müssen in unserem Kampfe zusammenstehen."**

Auch in die SAJ. konnten wir Bresche schlagen. In Hamburg verbot die SAJ-Führung ihren Mitgliedern die Teilnahme an

Wirkungsvolle Straßenagitation zum Volksentscheid

Mitglieder des hallischen Jugendverbandes bei ihrer Propaganda für den Volksentscheid, gegen Heeres- und Arbeitsdienstpflicht. (Siehe aus der großen Demonstration der hallischen Arbeiterschaft vom 19. Juni.) Die „gedrillten" Rekruten haben der arbeitenden Bevölkerung die Ziele der Monarchisten in sehr anschaulicher Form vor Augen geführt.

einer Jugendkundgebung, zu der das Einheitskomitee aufgerufen hatte. Die SAJ-Mitglieder bewiesen trotzdem ihren proletarischen Kampfwillen und marschierten unter roten Fahnen auf dem Lübecker-Tor-Feld auf. In einem Teilzuge wurden 50 SAJ.-Leute gezählt.

In anderen Gebieten wiederum zeigte sich eine besonders **starke Beteiligung des Jungreichsbanners.** Auch in Halle und Eisleben demonstrierten Jungreichsbannerkameraden mit uns zum Volksentscheid. In diesen Fällen ebenfalls gegen den Willen der Leitung.

In einer Jugendversammlung, zu welcher der hallische Jugendverband aufgerufen hatte, betonte in der Diskussion ein **Jungdemokrat,** daß auch die Jungdemokraten über den Volksentscheid hinaus mit uns den Kampf gegen das Fürstengesindel zu Ende führen wollen.

So ist auch der Jugendverband während des Volksentscheides, wie diese wenigen Beispiele zeigen, in die arbeitende Jugend eingedrungen und hat sich dort große Sympathien erworben. Jetzt, wo der Volksentscheid vorüber ist, müssen die jungen Arbeiter, die mit uns marschiert sind, erkennen, daß

der Kampf weitergeht!

Das Bekenntnis der 14,5 Millionen deutscher Wähler zur restlosen Fürstenenteignung wird von der der kapitalistischen Regierung und ihrer famosen „Demokratie" völlig ignoriert. Wir als Jugendverband müssen darum mit den breiten Jungarbeitermassen in Gemeinschaft mit der Partei den schärfsten Kampf gegen diese Sabotage führen und die noch im reformistischen Lager befindlichen Jungarbeiter über die zwiespältige Rolle der SPD. in dieser Frage aufklären. Und genau so brutal, wie man den Willen der 14,5 Millionen vergewaltigen will, wollen die kapitalistische Regierung und das Unternehmertum die arbeitende Jugend knebeln. Im Vordergrund stehen hier die Heranziehung des Wahlalters und die Versuche zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Aus unseren Betriebsberichten ist ersichtlich, daß die Lehrlingsausbeutung in verschärfter Form fortgesetzt wird. Junge Erwerbslose werden auf das Land geschickt, um dort als Streikbrecher und Lohndrücker mißbraucht zu werden.

Der Kampf muß darum geführt werden gegen unsere wirtschaftliche Verelendung und politische Entrechtung.

Die jungen Arbeiter, die während des Volksentscheides mit uns Schulter an Schulter gestritten haben, dürfen den Weg, den sie beschritten haben, nicht verlassen und müssen mit uns weiter in einer gemeinsamen Kampffront kämpfen und helfen, dieselbe zu verstärken. In der Zeit vom **3. bis 18 Juli** führt der KJVD. eine

Werbekampagne

durch. Neue Kämpfer sollen zu uns stoßen! Wenn unsere Genossen die Erfahrungen und Erfolge der letzten Zeit richtig auswerten, wird es uns nicht schwer sein, dieses Ziel zu erreichen. Aufgeriebte Aktivität ist darum mehr denn je Pflicht eines jeden Mitgliedes des Jugendverbandes.

Genossen, heran an die Arbeit!

elendung und politische Entrechtung treffen uns immer mehr. Die Gewerkschaften tun wenig, um den Kampf der arbeitenden Jugend zu organisieren.

Junge Arbeiter! Rüstet zum Abwehrkampf!

Heraus zu einem

Kongreß d. arbeitenden Jugend Mitteldeutschlands!

Jungarbeiter-Sonnenwendfeier in Ammendorf

Am **Sonnabend, dem 3. Juli,** findet in **Ammendorf** die **Sonnenwendfeier für den Unterbezirk Halle-Saalkreis des Kommunistischen Jugendverbandes** statt. Alle auswärtigen Genossen versammeln sich mit der Ammendorfer Arbeiterschaft am Sonnabendabend vor dem „Dreierhaus", in Osendorf. Von dort aus: **Fackelzug mit Musik durch Ammendorf zum Feuerplatz.** Daselbst findet alsdann eine

große Kundgebung

statt. Aus dem Programm heben wir folgendes heraus:

Musik, Rezitationen und Ansprachen, Monolog mit Sprechchören. Danach Spiele und Volkstänze, Feuerwerk, Abbrennen des Sonnenwendfeuers.

Nach Schluß der Veranstaltung Abmarsch nach den Quartieren.

Am **Sonntag** findet dann eine Agitationstour längs der Saale statt. **Nachmittags in Nietleben: Schlußkundgebung (öffentliche Jugendkundgebung).**

*

Nur noch wenige Tage stehen uns zur Verfügung. Die Sonnenwendfeier in Ammendorf soll zugleich eine **wuchtige Kundgebung gegen die Angriffe der Reaktion** sein. Wir richten deshalb einen letzten

Appell

an alle Jugendgenossen, sich zur Sonnenwendfeier in Ammendorf zu **rüsten!**

Aus den Betrieben

Fa. H. P. Beige. Halle-Diemitz

Unerhörte Lehrlingsschinderei

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Wir haben schon vielfach auf das immer frecher werdende Unternehmertum hingewiesen. Die jungen Arbeiter und Lehrlinge werden als Arbeitssklaven wie ein Stück Vieh behandelt.

Wir können heute von einer

viehischen Behandlung eines 15jährigen Lehrlings

bei der Fa. H. P. Beige berichten. Dortselbst hat sich folgender Fall zugetragen:

Ein Lehrling, der noch nicht einmal 15 Jahre alt ist, bekam vor wenigen Tagen fünf Minuten vor Feierabend den Auftrag, etwa drei Zentner Eisenschwellen im Handwagen nach dem Güterbahnhof zu fahren. Bis zum Güterbahnhof hätte er wenigstens eine halbe Stunde fahren müssen. Somit sollte er also über seine Arbeitszeit hinaus für die Firma schuften. Außerdem ist es doch ein geradezu unmenschliches Verlangen von einem 14jährigen Lehrling, sich mit dieser Last abzumühen. Dabei stehen Pferde und Wagen dieser Firma bereit. Den Pferden mutet man nicht zu, noch fünf Minuten vor Feierabend zum Bahnhof zu fahren. **Die Lehrlinge werden also schlimmer als das Vieh behandelt.** An der Stange des Handwagens befand sich nicht einmal ein Griff, so daß der 14jährige Lehrling überhaupt Mühe hatte, diese Last fortzubewegen. Als er eine Strecke von der Ausbeutungsstätte entfernt war, konnte er ganz einfach nicht mehr, und nahm den Handwagen also vorerst mit nach Hause, um die Eisenschwellen am andern Morgen noch zum Bahnhof zu bringen. Am anderen Morgen stand er wie immer rechtzeitig genug auf, um seine Arbeit zu beginnen. Er brachte ½6 Uhr zuerst die Eisenschwellen zum Güterbahnhof und fuhr dann zur Firma Beige, woselbst er ½8 Uhr anlangte. Kaum war er eingetreten, so empfing ihn der Lagerhalter Krause, der ihn fürchterlich anfuhr: „Scher Dich sofort zum Chef!" Kaum war der Lehrling vor Beige, dem „Chef des Ganzen" hingetreten, als er von demselben

getreten und geschlagen

wurde. Beige schrie ihm zu:

„Mach daß Du fortkommst, Du verfluchter Krepel!"

Damit hat also Beige, als Vertreter der Firma, den Lehrvertrag verletzt, was ihm natürlich schwer angekreidet werden muß.

Ludwig Kathe u. Sohn, Karrosseriebau, Diemitz

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Ein Sattlerlehrling, der im Oktober auslernt, wurde mit Heuwenden, Sauerstoff-Flaschen-Verladen und Aschebladen beschäftigt. Auch sonst wird der betreffende Jungarbeiter nur mit Arbeiten betraut, die man einem Lehrling im 1. Jahre zukommen läßt. Des weiteren wurde ein Stellmacherlehrling im 3. Jahre mit Rübenverziehen beauftragt. — Auch die Abortverhältnisse sind einer Kritik zu unterziehen. Es ist nicht gerade hygienisch, wenn das Wasser bei der Spülung über den Abortrand läuft. — Lehrlinge sind insgesamt 25 in diesem Betriebe beschäftigt, deren Arbeitszeit 9½ Stunden beträgt, Sonnabends 6½ Stunden, ohne Frühstück bei einer halben Stunde Mittagspause.

Hufbeschlag und Wagenbauerei Wilhelm Schleinitz, Eilenburg, Bergstraße 65

Die Firma sendet uns eine **Berichtigung,** welche den Vorschriften des § 11 des Preßgesetzes nicht entspricht. Wir sind jedoch gern bereit, die von uns gemachten Angaben über die Firma zu **widerrufen,** da die Aussagen unseres Gewährmannes auf einer falschen Information beruhen.

*

Wir erwarten von unseren Gewährsmännern, daß sie alle Berichte vorher unbedingt auf ihre Richtigkeit nach jeder Seite hin prüfen, damit derartig peinliche Angelegenheiten sich in Zukunft nicht wiederholen.

Jugendliche Erwerbslose die billige Arbeitskraft

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Das der Stadt Halle gehörende **Gut Beesen** braucht billige Arbeitskräfte, die es auch unter den jugendlichen Erwerbslosen findet, die ihm vom Arbeitsnachweis Ammendorf zugewiesen werden. Für einen Morgen Rübenhacken wird 6,50 Mark bezahlt. Die Verwaltung denkt aber, daß sie diesen Satz noch weiter heruntersetzen kann. Ist der Morgen nach ihrer Ansicht nicht sauber gehackt, so erhalten die Proleten nur 4 Mark. An einem Morgen muß man ein paar Tage hacken. Es ist also ein direkt jabelhafter Lohn, der den jungen Arbeitern gezahlt wird. Nehmen dieselben die ihnen zugewiesene Arbeit nicht an, so wird ihnen die Unterstützung entzogen. Wir jugendlichen Erwerbslosen müssen fest zusammenstehen und uns mit den noch arbeitenden jungen und erwachsenen Arbeitern in eine gemeinsame Kampffront begeben, damit man uns nicht als Lohndrücker mißbrauchen kann.

Jugendgenossen, rüstet zu unserer Werbekampagne vom 3.—18. Juli!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0003

SAISON „Halt-zugreifen!"

Ausverkauf

Beginn: Donnerstag, den 1. Juli, früh 8 Uhr

Friedrich Oehlschläger mit Leipziger Str. 3

Saison-Ausverkauf!

Beginn: Donnerstag, den 1. Juli

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen um meine großen Läger unbedingt zu räumen. Als Beweis der riesigen Billigkeit sind die Preise einiger Artikel angeführt

Herren-Jackett-Anzüge in vielen Modefarben, gute Stoffe, große Auswahl . . . 23.50
Manschester-Anzüge Sportklassen mit Breeches- oder langer Hose, prima Qual. 31.50
Knaben-Anzüge modernste Neuheiten, haltbare Stoffe, schöne Muster . . . 5.50
Gummi-Mäntel wasserdichte Qualitäten, modernste Verarbeitungen 12.50
Herren-Stoff-Hosen in den modernsten, schwarz-weißgestreiften Mustern . . . 3.95
Männer-Engl.-Leder-Hosen in bewährten waschechten Qualitäten 3.45
Männer-Manschester-Hosen in allen Farben, nur prima Qualitäten 7.70
Männer-Wasch-Joppen grüne, helle und dunkle Farben, waschechte Sorten . . . 3.50
Breeches-Hosen mit doppeltem Gesäß, gute Strapazier-Qualitäten . . . 3.95
Schlosser-Jacken u. -Hosen nur waschechte Sorten . . . . . 2.45 Stück
Knaben-Hosen in großer Auswahl, sehr haltbare Stoffe 1.95
Leibchen-Hosen aus Resten gestreift, daher so billig 1.15

ERNST RENNER
14 Marktplatz 14, direkt an d. Gr. Klausstr.

Walhalla

8 Uhr Tel. 8385

Bedeutend ermäßigte Sommerpreise!

Allabendlich unter stürmischem Beifall

Uebern großen Teich

Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen.

Bekanntmachung

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

welche neben ihrer Rente die laufende Zusatzrente beziehen und einen eigenen Hausstand haben, können zur Beschaffung von Winterfeuerung Barbeihilfe auf die Zusatzrente bis zu einem Monatsbetrage gewährt erhalten

Meldungen sind am **Mittwoch, den 30. Juni 1926,** vormittags von 8–10 Uhr, im Stadtsekretariat abzugeben

Teuchern, den 25. Juni 1926

Der Magistrat *2428
i. V. Gröbe, Beigeordneter

Modezeitungen empfehlen die **Volksbuchhandlg.**

Im allergrößten Stil

bereiten wir unseren

Saison-Ausverkauf

vor, dessen Beginn wir auf den

1. Juli, früh 8 Uhr

festgesetzt haben

In Bezug auf Preise werden wir eine Meisterleistung vollbringen!

Alle Waren, welche dem Modenwechsel unterworfen sind, werden zu Preisen verkauft, die in den letzten Jahren nicht genannt wurden. Ebenso haben unsere Lieferanten, eigenen Fabrikationsbetriebe und Einkaufshäuser uns Riesenwarenposten ohne jeden Nutzen überlassen und alle diese Gelegenheitsposten werden ebenfalls unglaublich billig verkauft

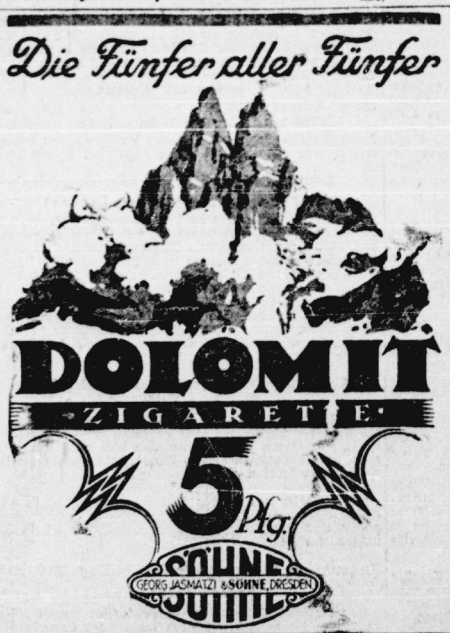
In ihrem Interesse raten wir Ihnen, zu uns zum Einkauf zu kommen!

Morgen erscheint an dieser Stelle eine **ausführliche Preis-Anzeige!**

2424

NUSSBAUM
Halle a. S. **Das Kaufhaus für Alle** Gr. Ulrichstr. 60/61

Die Fünfer aller Fünfer



Stadt-Theater

Heute Dienstag 8 Uhr **„Der Sturm"** Mittwoch 7½ Uhr **Rotes Prinz**

Modernes Theater

Heute, Dienstag: **Jubiläums-Erstaufführung** anläßlich der **300sten** Vorstellung unter d. Direkt. Fern Andra
Letzte Vorstellung a. **Wiener Burlesken-Bühne** N. d. Vorstellung: **Sommernachts-Ball**
Vom 30. Juni bis 30. Juli: In der Diele bei freiem Eintritt **D. Stimmungs-Jazz-Kapelle** Alex. Raumann vom Cafe Kaiserhof aus Breslau

Töpferwerkzeuge liefert preiswert **F. Lindenhahn** Königstraße 8

Ehrl. l. Mädchen, Off. a. Berl.

Patentgrube, l. neu bill. z. verk. Siedlg. Heidehäuser Nr. 54

Mehr. Jagdhunde a. Rittergut 41. Möbius

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg

Solbad Wittekind

Mittwoch, 30. Juni 1926

Brunnen-Fest

Feier des 30jähr. Bestehens von Bad Wittekind

Gr. Garten-Konzerte

Leitung: Benno Plätz

Tänze der Rotteborm-Schule Fahnenschwenken der Hallorenen

Abends **TANZ** im Saal und im Freien

Märchenh. Illumination des ganzen Kurparkes

Abonnement keine Gültigkeit! Eintritt 1,— Mk., Kinder 50 Pfg.

Preise zum Frühkonzert wie Sonntag früh

Von Mittwoch mittag an steht ein frischer Transport **prima hannoverscher Ferkel, Läufer- u. Futterschweine** sehr billig zum Verkauf *2435
H. Richter, Trotzaer Str. 80, Tel. 1752

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**

Zuverlässiger **Zeitungsträger** für **Trebitz** bei Könnern zum 1. Juli gesucht. Zu melden bei **Friedrich Göhre,** Trebitz b. K.

Werbt Leser für unsere Presse!

Die Volksbuchhandlung Wittenberg

Jüdenstraße 10

empfiehlt politische und schöngeistige

Literatur

Sämtliche **Schul- und Schreibwaren**

Außerdem werden sämtliche Aufträge an **Drucksachen und Inserate** entgegengenommen

Sonntag, den 27. Juni, abends 6 Uhr, entschlief nach langem, mit Geduld ertragenem, schwer. Leiden meine inniggeliebte, unvergeßliche Frau, meiner drei Kinder treusorgende Mutter, Schwester, Nichte u. Kusine 24.6

Martha Richter geb. Pliger

im blühenden Alter v. fast 37 Jahren

Rietleben, den 28. Juni 1926

In tiefer Trauer:
Ernst Richter nebst Kindern und Verwandten

Einäscherung: Donnerstag, 1. Juli nachm. 1½ Uhr in der Kapelle des Gertraudenfriedhofs

Kranzspenden verbeten

Spendet für die „Rote Hilfe"

Sonntag, den 4. Juli 1926, in sämtlichen Räumen des **„Volkspark":**

Internationaler genossenschaftlicher Jahrestag

Mittags 1 Uhr: **Demonstrations-Umzug** — Anschließend: **Genossenschaftsfest**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Auch die Werksgemeinschafter werden nicht verschont

Zuckerraffinerie Halle

Des öfteren haben wir über die trostlosen Zustände in der **Zuckerraffinerie Halle** berichtet, in der teils durch Schuld des Fabrikarbeiterverbandes, teils durch den Herausschmiß der besten revolutionären Arbeiter durch die Direktion, teils durch die Schuld der Belegschaft selbst, bei der letzten Betriebsratswahl der gelbe Werkverein die Vorherrschaft errungen hatte. In der für das ganze Reich erscheinenden Zeitung „Werksgemeinschaft" finden sich regelmäßig Berichte über großartige, stark besuchte Versammlungen der Werksgemeinschaft Zuckerraffinerie-Halle, in denen die Unfähigkeit der Werksgemeinschaft krampfhaft dadurch zu verschleiern gesucht wird, daß man erklärt, die freien Gewerkschaften hätten auch nichts leisten können.

Mit den stark besuchten Versammlungen kann es nicht so weit her sein, denn die Verhältnisse in der Zuckerraffinerie sind inzwischen so weit gediehen, daß auch die Arbeiter, die von der gelben Sumpfblüte sich hatten betören lassen, allmählich die Augen geöffnet bekommen. Während sonst nach Beendigung der Saison immer an 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt blieben, ist **jetzt fast alles herausgeschmissen, darunter auch Gewerksgemeinschafter und Leute, die schon 40 Jahre in dem Betrieb gekrondet haben.** Sie erleben es heute praktisch, daß die Zugehörigkeit zu dem Verein des Klassenverrats sie nicht vor Hunger und Elend schützt, und daß es tausendmal besser gewesen wäre, wenn sie zur rechten Zeit mitgeholfen hätten, durch eine einheitliche Kampfesfront die Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen abzuwehren und durch ihre Mitarbeit im Fabrikarbeiterverband die Grundlage für einen großen Kampf gegen die Entlassungsoffensive des Unternehmertums herbeizuführen.

Heute liegen die Verhältnisse sehr viel schwieriger, aber zu spät ist es auch heute nicht! Möchten alle die richtige Lehre ziehen und, ob sie in einem anderen Betrieb untergekommen sind, oder als Arbeitslose dastehen, **auch heute noch helfen, daß diese Front verbreitert und gestärkt wird!**

Geharnischte Rede an die Nikoläuse

in der Versammlung am 23. Juni im „Tivoli" zu Merseburg

Von einem stillen Beobachter

Deutsche Männer, Ihr sollt jetzt das unverdiente Glück haben, noch einmal mich, Nikolaus Schäfer, zu hören! Laut will mir meine Stimme erheben, Ihr aber öffnet Eure Ohren und strengt Euer Gehirn an, damit Euch nichts von meiner Rede entgeht, denn sie ist gewaltig und nicht wie die der Schriftgelehrten. Haltet euch gute Ordnung, macht keinen Lärm und werft nicht mit faulen Eiern, damit ich den Geruch mir bewahre, der mir so eigen ist. Ein Schäfer bin ich ohne Schafe. In die Wüste will ich gehen und Buße tun für Eure und meine Sünden. Sie sind mehr denn Sand am Meer. **Groß ist unsere Missetat und ungeheuerlich unser Frevel.** Allzumal seid Ihr Sünder und des Ruhmes mangelt Euch, den Ihr vor mir haben sollt. Ich gedenke besonders der elenden Verräter unserer Sache, der Kommerzienräte, Kaufmann und Konsorten. Mögen sie von der Brücke des Todes in die unterste Hölle fahren! In tausend Schlachten war ich Sieger, **aber nun bin ich zum Spott geworden der ganzen Welt.** Der böse Feind und Eure Dummheit haben bewirkt, daß die Sonne der Gnade unserer hohen Direktion, die mir einst leuchtete, sich in ein Wetterwinkel verwandelte. Unser Ehrenmitglied, der Produktive E. K., hat mir heute seinen Austritt erklärt mit folgendem Schreiben:

Herrn Nikolaus Schäfer

im Hause.

Die Umrisse meiner Gestalt und die Linien meines Körperbaues bröckeln ab. Ich fühle, daß auch mein Inneres in Brocken zerfällt. Die Zierlichkeit des Ebenmaßes ist verschwunden und die weiche Rundung meiner Taille hat sich in schauerliche Falten gelegt. Ihr habt mich zu einer Gestalt ohne Ansehen gemacht und zu einem Manne ohne Lieblichkeit. Die Bewunderung meiner Besucher wird sich in Lachen und das Wohlgefallen ihrer Blicke in Spott verwandeln. Ich bin ein geschlagener Mann und kann mich nur gleich auf den Friedhof schaffen lassen, wo die Zupresse ihre Träne weint. Darum sage ich mich los von Euch!

Des weiteren schreibt mir Herr M.. heim, der unserm Verein als stilles Mitglied angehörte und uns gute Spitzeldienste leistet hat, wie folgt:

Mein guter Nikolaus!

Dein Kopf ist die Wiege des Menschenverstandes und Dein Hirn beherbergt das Wissen aller Völker. Dein Geist ist scharf wie die Schneide eines Rasiermessers und Dein Nachdenken ist so spitz wie die Nadel, mit welcher man einen bösen Schwären öffnet. Dein Ingenium hat alle Sphären durchmessen und alle Gebiete der Wissenschaft durchforscht, bis es auf den gelben Kalk gekommen ist. Die Industriellen aller Länder werden Gelder sammeln, um Dir ein Denkmal zu erbauen, auf welchem Dein Kopf in Gips und Deine herrliche arische Gestalt in Erz gegossen ist. Auf der Platte des Denkmals aber wird Dein Name leuchten in goldenen Lettern und stolz wird man bekennen:

„Er war unser, der gute Nikolaus!"

Meine Klugheit dagegen ist so kurz wie eine Blutwurst aus Eurem Industriekaufhaus und meine Dummheit so lang wie die Parallelkreise, die man um die Erde zieht. Aus diesem Grunde bitte ich meinen Austritt zu genehmigen.

Unter ungeheurem Jubel der Versammlung verkündete dann Nikolaus:

„Kameraden, ich werde Euch einführen in mancherlei Wissenschaft und deshalb in den nächsten Versammlungen zu Euch sprechen über folgende Themen: Materialismus, Sternschnuppen, Makkaroni, Somnambulismus, Talmud, Steißgeburt, Seelenanalyse, Koran und Kaiserschnitt.

Unter unsern Feinden aber soll die Hölle sich öffnen und die Erdadammnis sie verschlingen."

Die Ausführungen wurden mit stürmischer Zustimmung und tausendem Jubel aufgenommen und mit Gesang: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte" wurde die Versammlung geschlossen.

Der Saustall „Matz-Konzern"

Ein Arbeiterkorrespondent aus dem Leunawerk schreibt uns:

Vor kurzem erst berichteten wir über den Obermeister Matz. Heute wollen wir einmal die Betriebe 337 und 343 unter die Lupe nehmen, die zum „Matz-Konzern" gehören, und an ihnen die rücksichtslose Aussaugung der Arbeitskraft in der Leunahölle illustrieren. Im Bau 343 gibt es sechs große Stickstoffkompressoren. Laut Vorschrift müßte jede Maschine einen besonderen Wärter haben. Aber hier muß **ein Maschinenwärter zwei Maschinen bedienen** und zugleich auch noch die Maschinen schmieren. Man bedenke: alle halbe Stunde muß eingeschrieben und jede Maschine stündlich abgestreift werden. Die Maschine hat 22 Abstreifventile, zwei Maschinen also 44. Das kann ein Maschinist gar nicht leisten! Früher hatte er nur eine Maschine und daneben gab es einen Reservemaschinisten, einen besonderen Abstreifer und zwei Kelterleute. Seit Jahren schon ist der eine Keltermann entfernt, dann folgten der Reservemaschinist und der Abstreifer. Dafür aber muß der Maschinist viele andere Arbeiten nebenbei machen. Man kann sich ausrechnen, welch ungeheure Arbeit er so nach acht bzw. 16 Stunden geleistet hat!

Wenn früher eine Maschine einmal einen Augenblick ohne Aufsicht war, so wollten die Meister, darunter auch Matz, den betreffenden Maschinisten am liebsten gleich entlassen. Heute sieht Herr Matz darüber hinweg. Daß **Menschenleben in Gefahr** kommen, spielt keine Rolle mehr. Das zeigt sich schon bei der Explosion vor zwei Jahren, bei der acht Mann ihr Leben lassen mußten, und bei der Matz auch eine Rolle spielte. Heute kommt es vor, daß sogar für sechs Maschinen nur ein Mann da ist, — auch das findet Matz in Ordnung.

Bestellt den „Arbeiterrat" zum 1. Juli

Bei Verhandlungen mit den Unternehmern

muß der Betriebsrat beweiskräftige Argumente haben, um die Interessen der Belegschaft wirklich vertreten zu können. Das beste Material für die Praxis der Betriebsräte enthält die monatlich erscheinende Zeitschrift

„Arbeiterrat"

Zu bestellen bei der zuständigen Postanstalt im Vierteljahresabonnement zum Preis von 50 Pfennig oder direkt vom Verlag: Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten, Berlin SW 61, Blücherplatz 27.

Auch persönlich spielt Matz gern seinen Obermeisterposten gegen die Arbeiter aus. „Wenn ich hier bin, haben Sie überhaupt nicht zu essen", sagte er z. B. kürzlich einem Arbeitskollegen im Bau 12. Als er einen Arbeiter beim Ausruhen erwischte, wurde dieser sofort entlassen. Matz ist ohne Skrupel; was für ihn unangenehm ist, wie z. B. das Raufen mit den Eklinger Monteur, vergißt er schnell. Ein einziger Meister hat, als weißer Rabe, einmal gewagt, dem Herrn Obermeister entgegenzutreten und der Belegschaft gegenüber sein Herz auszuschütten. Er wurde sofort strafversetzt. Im Bau 343 hat Matz auch den Stuhl entfernen lassen, so daß die Obermaschinisten ihre schriftlichen Arbeiten stehend erledigen müssen.

Kollegen! Wir müssen etwas unternehmen, wir können uns nicht immer nur alles gefallen lassen! Heute sind es nur einzelne, die dem Obermeister die Spitze bieten. Sie werden schikaniert, eben weil sie einzelne sind. Denkt, daß auch wir Menschen sind, steht alle wie ein Mann zusammen!

Schwerer Unglücksfall auf der Grepping Grube

Aus Delitzsch wird gemeldet:

Auf der Grube Grepping Werke ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein Abraumbagger kam mit der elektrischen Leitung in Berührung und stellte Kurzschluß am Schienenstrang her. Eine Arbeiterkolonne von 15 Mann war mit dem Richten der Gleise beschäftigt. Sie wurden vom Strom erfaßt und brachen zusammen. 10 Mann erholten sich sofort wieder, 4 Mann wurden durch Wiederbelebungsversuche zur Besinnung gebracht. Leider war es nicht möglich, den fünfzehnten, einen 21jährigen Arbeiter ins Leben zurückzurufen. Sein Vater war Meister der Kolonne und Augenzeuge seines Todes.

Wir kommen auf die Angelegenheit nach genauem eigenen Bericht zurück.

Verbot der Akkordarbeit in Sprengstoffabriken

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben der preußische Handelsminister und der Minister des Innern in einem gemeinsamen Erlaß die Akkordarbeit in Betrieben, in denen Sprengstoffe hergestellt und verarbeitet werden, verboten. Ferner sind die nachgeordneten Behörden angewiesen worden, grundsätzlich neben der **Durchführung des Verbots der Stücklohnarbeit auf Innehaltung des Achtstundentages** oder der **48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit zu achten.**

*

Papier ist geduldig und die Arbeiter müssen schon selbst die Durchführung vorstehender Verordnung ohne jegliche Einschränkung erzwingen und kontrollieren. Uebertretungen müssen sofort an den Betriebsrat und darüber hinaus an die zuständige freie Gewerkschaft gemeldet werden, um geschlossene Abwehrmaßnahmen treffen zu können.

Wir lassen uns den „Klassenkampf" nicht verbieten!

Rauchwarenzurichterei Paul Kunath, Schkeuditz

Der Chef, Beyer, glaubt, mit den Lehrlingen tun und lassen zu können, was ihm nur paßt. Kürzlich fand er unter einer Bank eine „Klassenkampf"-Nummer. Wutentbrannt verlangte er den Besitzer der Zeitung zu wissen. Der Werkführer Werner nannte einen Lehrling, der in der Frühstückspause die Zeitung zu lesen pflegt. Der Junge erklärte, daß er sein Frühstück in die Zeitung einwickele und kein anderes Frühstückspapier habe. Der Chef aber erlaubte sich zu sagen, daß der Lehrling, der für die Ausbeutung reif genug ist, seine Nase überhaupt noch nicht in die Zeitung, sondern nur ins Lesebuch zu stecken habe. Doch der Kasernenhofton soll ihm nichts nützen. Die Jungproleten werden trotz der Empörung des Herrn Beyer aufgeklärt werden und sich nicht verbieten lassen, die Zeitung zu lesen und ihr Frühstück in die Zeitung zu wickeln, die ihnen paßt.

Verbandstag der Buchdrucker

(Schluß)

Der vierte Verhandlungstag beschäftigt sich mit der **Lohn- und Tarifpolitik** des Verbandes in **geschlossener Sitzung.**

Am fünften Verhandlungstage hielt Professor Dr. **Sinzheimer** einen Vortrag über das Thema: **„Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Arbeitstarifrechts".** Nach einer langen Einleitung erläuterte er das bürgerliche Recht, das den **Tarifvertrag nur als Schuldvertrag** kannte. Die Arbeitsordnung ging vor den Tarifvertrag. Betrieb ging vor Beruf, Betriebsrecht vor Berufsrecht. In dem neuen Tarifrecht ist es umgekehrt. Die heutigen Streitfragen sind solche der **Tarifsfähigkeit,** in der Unterwirkung und Weiterwirkung, in der Wiedereinstellungsklausel und der Haftbarkeit der Gewerkschaften. Unter den heutigen Verhältnissen finden diese Fragen der Rechtsprechung aber eine verschiedene Beurteilung. Der Redner, ein typischer Vertreter des Arbeitsgemeinschaftsgedankens, begrüßt das kommende „Arbeitsrecht" und empfiehlt eine Beteiligung an den kommenden Arbeitsgerichten, um möglichst großen Einfluß auf dieselben zu gewinnen.

In der **Nachmittagssitzung** berichtete Kollege Fülle über die Frage: **„Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung".** Er betont die besondere Wichtigkeit, alle Kraft unseren jungen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Sie müssen im Geiste gewerkschaftlicher und beruflicher Arbeit erzogen werden. In der Lehrlingsordnung ist es seit Hamburg beim alten geblieben. An der Gesetzgebung ist nichts geändert, soweit sie der Lehrlingsordnung im Wege steht.

In der Diskussion bringen eine ganze Reihe Redner Anregungen und Wünsche zum Ausdruck für die weitere Arbeit. Man wendet sich gegen direkte Abschlüsse über die Lehrlingsordnung mit den Handwerkerkammern, da man damit eine zentrale Regelung erschweren könnte. Angenommen wird ein Antrag, vor den Verbandstagen eine Lehrlingsgauvorsteherkonferenz einzuberufen. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Zum Punkt „Korrespondenz" berichtet für die Redaktion Kollege Schaeffer. Diese habe gut gearbeitet. In der Abstimmung zum Industrieverband habe man sich der Stimme enthalten. In dem Artikel „Aktive Lohnpolitik" sei man nicht für Lohnabbau eingetreten. In der lebhaften Aussprache wurde die Zurückhaltung des „Korr." gegenüber den Unternehmern zum Ausdruck gebracht. Im Schlußwort erklärten die Redakteure, daß organisatorische Rücksichten der Anlaß dazu waren.

Kollege Dreßler berichtete über den **Bildungsverband** der deutschen Buchdrucker, seine geschichtliche Entwicklung, heutigen Aufgaben und fernere Ziele. Der Sinn seiner Ausführungen gipfelte in dem Wunsch nach der Zentralisation aller Bildungsfragen des Verbandes. An der Diskussion beteiligten sich besonders stark die Sparten, die aber für spätere Zeit einem Uebergehen ihrer technischen Mitteilungen in die Fachblätter nichts entgegenstellen wollen. Die Korrektoren sind diesen Weg schon jetzt gegangen.

Zum Thema: **„Nationale und internationale Verbindungen"** nahm am 6. Tag Graßmann das Wort. Er schildert das Zusammenarbeiten mit den Buchdruckern im ADGB. und mit dem Graphischen Internationalen Bund. Die Hoffnung, von Staats wegen Unterstützung zu erlangen, ist verflogen. Wir müssen uns auf **gewerkschaftliche Selbsthilfe** einstellen. Er erwähnt den gewerkschaftlichen Zusammenschluß mehrerer Organisationen zu stärkeren Verbänden. (Keramik, Töpfer, Glaser, Porzellan, Kupferschmiede, Lebens- und Genußmittel.) Unterstützungswesen und Unterstützungsapparat müssen in gesamtgewerkschaftlichem Rahmen vereinheitlicht werden. Diese Forderung trifft im Widerspruch zu den vielen Unterstützungsanträgen, welche dem Verbandstag vorliegen. Die langanhaltende **Arbeitslosigkeit,** national wie international, und die damit verbundene Verelendung der Massen könne man **mit Palliativmitteln nicht beseitigen.** Diese **Krise** hält er für eine **langanhaltende.** Als Abhilfe führte er an die baldige Ratifizierung des **Washingtoner Abkommens,** die **Abwehr ausländischer preisdrückender Arbeiter (!),** die Erhöhung der Löhne der Landarbeiter, um die Landflucht zu verhindern, die Aufhebung der Zollschutzgrenzen, Abschluß von Handelsverträgen, Inangriffnahme von Oedlandsarbeiten und die Interessierung der amerikanischen Arbeiter für die soziale Lage des internationalen Proletariats. **Er warnt vor Auswanderungen, da man dadurch die besten, tatkräftigsten, unternehmungslustigsten und revolutionärsten Kräfte verlieren würde. Wir werden in den nächsten Jahren kurz treten müssen, um uns stark zu machen. (!)**

Diese wichtigsten Probleme, wie ADGB. und internationale Arbeitslosigkeit usw., **hält der Kongreß für so nebensächlich, daß eine Diskussion darüber unterdrückt wurde.**

Eine längere Diskussion bringt noch der Bericht der ideellen Kommission. Zur Frage des Industrieverbandes schlägt man eine zu nichts verpflichtende Entschließung vor. Diese wird gegen 19 Stimmen angenommen. Angenommen wird weiter: den Hamburger Beschluß in der Faktorenfrage aufzuheben, Mitglieder von faschistischen Organisationen auszuschalten, den Verbandstag alle drei Jahre stattfinden zu lassen, auf 600 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden und dem leitenden Redakteur Sitz und Stimme im Vorstand zu geben. Berhältniswahl wird abgelehnt.

Dem Bericht der Beschwerdekommission wird in allen Vorschlägen stattgegeben.

Bei dem Bericht und der nachfolgenden Diskussion der materiellen Kommission hat man den Eindruck, nicht auf einer Gewerkschaftstagung, sondern auf der Tagung einer Unterstützungsorganisation zu sein. Der Beitrag wurde auf 1,60 Mk. gesetzt und der Lehrlinge auf 0,10 Mk. Demzufolge wurden die Unterstützungen geringfügig erhöht. Einige Statutenänderungen wurden vorgenommen, alles übrige, darunter die Witwen- und Waisenunterstützung, abgelehnt. Sämtliche leitenden Funktionäre wurden gegen eine Stimme (Heise-Leipzig) wiedergewählt.

Kollege Heise-Leipzig gab eine Erklärung ab, daß er aus rein sachlichen Motiven gegen die Wiederwahl gestimmt habe und das Gelächter der Delegierten aus diesem Anlaß ihn verwundere. — Als nächster Tagungsort wurde Frankfurt a. M. festgesetzt. Nachdem die auswärtigen Vertreter noch Worte der Freude über die geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht hatten, schloß Kollege Setz die Tagung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An die Parteimitgliedschaft der Stadt Halle

Die politische Situation erfordert dringend die Information der breitesten Parteikreise. Es muß deshalb kurzfristig die gesamte Mitgliedschaft mobilisiert werden.

Folgende Sitzungen sind sofort organisatorisch vorzubereiten. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr: Sitzung aller Zellengruppenleitungen. Die Genossen Instrukteure der Org-Abt. der BL. sind auf alle Zellengruppen aufgeteilt und geben politische und organisatorische Information.

Donnerstag, den 1. Juli, tagen alle Betriebs- und Straßenzellen. Thema: 1. Lehren des Volksentscheids; 2. Die Aufgaben der Partei.

Alle Zellenleitungen werden aufgefordert, sofort die Zellenmitgliederversammlungen zu organisieren, der Zellengruppenleitung die Versammlungen zu melden, damit Referenten entsandt werden können.

Die Parteimitgliedschaft ersuchen wir, sich vollzählig in den bekannten Lokalen an den Parteiveranstaltungen zu beteiligen.

Org-Abt. der Bezirksleitung Halle-Merseburg.

An alle Mitglieder des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes

Bereits am Sonnabend haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag die Ortsgruppe des RFMB. sich geschlossen an der öffentlichen Kundgebung in Bollberg-Wörmlitz beteiligt. **Diese Kundgebung muß Umstände halber bereits am Mittwochabend stattfinden und fordern wir hiermit alle unsere Genossinnen auf, sich daran zu beteiligen und abends 7 Uhr auf dem Hallmarkt zu erscheinen, von wo der Abmarsch erfolgt.** Der Spielmannszug des RFB. wird uns nicht zur Verfügung gestellt, so daß die Genossinnen möglichst am selben Abend 20 Pfennig mitzubringen haben, zur Deckung der Unkosten für die Musik.

Wir erwarten von allen Genossinnen pünktliches Erscheinen.

Die Gauleitung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Erreicht, aber noch nicht am Ziel!

Die Hausagrarier haben in ihrem Kampf um den Mietwucher eine Etappe erreicht, indem ihnen die Erhöhung der Friedensmiete reichsgesetzlich zuerkannt wurde. Ihr Ziel liegt allerdings noch weiter. Sie ersehnen nicht nur mehrfache Friedensmieten, sondern „freie" Mietzinsbildung, das heißt, vollkommen legalisierten Mietwucher. Vorläufig ist die Mietforderung jedoch noch von den gesetzlichen Bestimmungen abhängig. Ueber die Friedensmiete teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit:

> Die gesetzliche Miete beträgt vom 1. Juli 1926 an nach reichsgesetzlicher Vorschrift 100 Prozent der reinen Friedensmiete. Hat der Mieter die sogenannten Schönheitsreparaturen vereinbarungsgemäß übernommen, so beträgt die gesetzliche Miete 96 Prozent der reinen Friedensmiete.

Gegenüber den teilweise unzutreffenden Schlußfolgerungen, die anläßlich des Erreichens der Friedensmiete in der Oeffentlichkeit zutage getreten sind, meist der Amtliche Preußische Pressedienst darauf hin, daß im übrigen die preußischen Vorschriften über die Mietzinsbildung auch in Zukunft unverändert in Kraft bleiben. Dies ist zunächst für die Feststellung der reinen Friedensmiete, nach der sich die gesetzliche Miete errechnet, von Bedeutung. Ebenso sind auch weiterhin neben den oben genannten allgemein gültigen Sätzen von 100 bzw. 96 Prozent in besonderen Fällen Umlagen entsprechend dem bisherigen Verfahren zulässig. Unter anderem können daher wie bisher die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sowie die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Fahrstuhlanlage auf die Mieter umgelegt werden. Der Vermieter ist ferner weiterhin berechtigt, in denjenigen Gemeinden, in welchen der gemeindliche Zuschlag zur Grundvermögensteuer beträgt, den 100 Prozent übersteigenden Betrag mögensteuer beträgt, den 100 Prozent übersteigenden Betrag auf die Mieter umzulegen. Diese Umlage darf lediglich in der tatsächlichen Höhe des Steuerbetrages erfolgen, nicht aber in festen Hundertsätzen der Friedensmiete. Nur um den Mietern einen Anhaltepunkt für die sie treffende Belastung zu geben, sei darauf hingewiesen, daß im Durchschnitt ein Zuschlag von 100 Prozent zur Grundvermögensteuer etwa 4 Prozent der Friedensmiete entspricht.

Es muß aber auch weiter darauf hingewiesen werden, daß laut einem vom Reichstag beschlossenen Gesetz bis zum 1. April 1927 die Friedensmiete in keinem Falle überschritten werden darf. Die Mieter müssen also die Augen auf und die Taschen zuhalten, denn bei der ausgeprägten Raffsucht der großen Hausbesitzer wird es nicht ausbleiben, daß Versuche gemacht werden, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen und durch „Umlagen" noch höhere Mieten verlangt werden, als den ewig Nimmersatten bereits gesetzlich zugebilligt wurden.

Lungen- und Tuberkuloseerkrankte!

Der Verband der Lungen- und Tuberkuloseerkrankten bittet uns folgenden Aufruf zu veröffentlichen:

> Die Tuberkulose greift immer weiter um sich, die Zahl der Erkrankten ist ins unermeßliche gestiegen. **Im Deutschen Reich stehen über eine Million Lungenkranker in ärztlicher Behandlung.** Wie viele mögen es sein, von denen der Arzt nichts erfährt und die ihre Krankheit Jahr um Jahr hinschleppen, bis sie zuletzt daran zugrunde gehen. Gerade im erwerbsfähigen Alter fordert diese Krankheit die meisten Opfer, denn von vier Menschen, die im Alter von 15 bis 60 Jahren sterben, ist immer einer der Tuberkulose erlegen! Auch die Sterblichkeit unserer Kinder an dieser furchtbaren Volksseuche, hervorgerufen durch Unterernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse während und nach dem Kriege, ist ungeheuer. Bisher ist die Bekämpfung der Tuberkulose nur eine Angelegenheit weniger hilfsbereiter Menschen gewesen, die meistens selbst von der Krankheit nicht befallen waren. Die Kranken nahmen bis jetzt zu ihrem Schaden an der Bekämpfung ihrer Krankheit sehr wenig Anteil. Dies soll und muß anders werden! Wir wollen nicht Objekt der Tuberkulosebekämpfung sein, sondern wir wollen von jetzt an subjektiv an der Besserung und Heilung als Kranke selbst den regsten Anteil nehmen. Eine so schleichende und heimtückische Krankheit kann man unserer Ansicht nach nur dann wirksam bekämpfen, wenn man die davon Betroffenen in die Kampffront aller übrigen Leidenden mit einreiht. Alle Kunst des Arztes, die aufopfernste Pflege des Pflegers oder der Pflegerin versagt, wenn der Kranke selbst nicht den regsten Anteil und den ernstlichen Willen zu seiner Gesundung hat. Dies Letztere kann am besten durch den Zusammenschluß aller Lungenkranken zu gemeinsamer Kampffront in Verbindung mit Aerzten, Krankenkassen, Fürsorgestellen und dergl. dadurch gefördert werden, daß der Kranke an der Befreiung von seinen Leiden den regsten Anteil nimmt. Dadurch dient er der Bekämpfung der Tuberkulose und allen sich damit befassenden Bestrebungen am besten. Des weiteren ist es auch von großem Vorteil, durch diesen Zusammenschluß die Kranken aisdann der Fürsorge zu überweisen, damit ihr trauriges Los etwas erleichtert wird.
>
> Wir erstreben nicht nur, daß wir als Kranke selbst geheilt oder gebessert werden, sondern wir erstreben, daß die gesamte Menschheit von dieser weißen Seuche befreit wird.
>
> Leidensbrüder und -schwestern! Es geht um unsere und um die Zukunft unserer Kinder. Schließt Euch restlos zusammen, ehe es zu spät ist. Tretet ein in den Verband der Lungen- und Tuberkuloseerkrankten Deutschlands zum gemeinsamen Kampf gegen die Tuberkulose. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Goldene Kette", Alter Markt 11, statt.
>
> **Der Vorstand.**
> Huth.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung aufgeflogen

Der verhaßte „Panzerkreuzer Potemkin" im Rathaus — Der Bürgerblock sabotiert

Quittung: Beschlußunfähigkeit

„Wer das ganze Jahr muß werken (würgen),
Der freut sich auf die Ferien — — —"

So beginnt ein altes Wanderlied, das auch für unsere Stadtverordnetenversammlung zutreffend ist. Natürlich, erst die Arbeit und dann die Ferien. Daß die gestrige Sitzung mit fast eineinhalbstündiger Verspätung begann, ist nur ein Zeichen dafür, wie sehr unsere Stadtväter in der „Arbeit" sitzen. Verschiedene Ausschüsse hatten erst noch zu beraten, daher die Verzögerung, für die es dann die Entschuldigung gab: „Es war nicht anders möglich — es soll nicht wieder vorkommen!"

Die Tagesordnung wies wenig Punkte auf, an denen man von vornherein erkennen konnte, daß sie Stoff für Meinungsverschiedenheiten der Fraktionen bieten würden. Und dennoch kam es an einigen Stellen zu kleinen Explosiönchen. Hauptsächlich als Herr Dr. Lehmann (ausgerechnet Lehmann — —) die Linke darüber belehren zu müssen glaubte, daß der Beruf einer Hausangestellten oder eines Dienstboten ein sehr angenehmer sei. Herr Lehmann schwieg denn auch ganz beklommen, als er durch zahlreiche Zwischenrufe, die teilweise auch von der besetzten Tribüne gerufen wurde, daran erinnert wurde, daß seine eigenen Dienstboten seiner schloßartigen Villa dem Beinamen „die Hungerburg" gegeben haben. Herr Busse, der von seinem Volksentscheids-„Ausflug" nach dem Rheinland wieder zurückgekehrt ist, versuchte nun die Gemüter zu beschwichtigen. Nachher war nicht mehr viel zu erledigen. Eine längere Debatte drohte sich nur noch um das Gesuch des freien Wassersportvereins Halle, dem der Magistrat das Gelände für seine Badeanstalt entreißen will. Zum Schluß der öffentlichen Sitzung schlug dann eine Granate vom Panzerkreuzer Potemkin ein. Das heißt, einen regelrechten Krach verursachte sie nicht, die Sitzung flog aber dennoch wegen Beschlußunfähigkeit des hohen Hauses auf, weil die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten den Saal verließen und den Bürgerblock, der die Dringlichkeit eines von den Kommunisten gestellten Antrages, der die Möglichkeit von Erwerbslosenvorstellungen für „Panzerkreuzer Potemkin" schaffen wollte, ablehnte. Es gab diesmal im Lager der Bürgerlichen ziemlich lange Gesichter. Damit hatte man scheinbar nicht gerechnet und vielleicht muß man sogar noch einmal zusammenkommen, bevor man endgültig in die Ferien geht.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird an Stelle des zurückgetretenen kommunistischen Abgeordneten Freundlieb der Genosse Hans Höder eingeführt. Sodann protestiert der Genosse Günther gegen den übermäßig verspäteten Beginn der Sitzung und verlangt, daß die einzelnen Ausschüsse ihre Beratungen nicht kurz vor Beginn der Stadtverordnetensitzung anberaumen sollen.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung befassen sich mit Ausschuß- bzw. mit Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen, und werden ohne Debatte erledigt.

Im Punkt 4 verlangt der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordneten, die Mitgliedschaft der Stadt bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften zu erwerben. Als Jahresbeitrag sollen 1000 Mark an genannte Gesellschaft abgeführt werden. Geheimrat Finger begründet den Antrag und befürwortet wärmstens seine Annahme. Die kommunistische Fraktion lehnte durch Gen. Kolz diesen Antrag ab, weil der Name dieser Gesellschaft nicht genügend Gewähr dafür bietet, daß das Geld tatsächlich nur für die, dem Wohle der Allgemeinheit dienende Wissenschaft verwendet wird. Die letzten Vorgänge an den Hochschulen (Hannover usw.) hätten ja auch zur Genüge bewiesen, was für „Wissenschaft" vom reaktionären Bürgertum gefordert wird. Der Antrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Aus dem nächsten Tagesordnungspunkt geht hervor, daß der Magistrat die Absicht hat, der Sankt Ulrichsgemeinde **zum Bau eines neuen Bethauses in der Freiimfelder Straße ein zinsloses Darlehen in Höhe von 10 000 Mark** zu gewähren. Begründet wird der Antrag von Herrn Minner, der inzwischen vergessen hat, daß dieser Ulrichsgemeinde eine Anzahl von Schrebergärten geopfert werden sollten. Damals hat Herr Minner selbst gegen die Errichtung des Bethauses wie ein junger Wotan gewettert. Inzwischen ist das Projekt etwas geändert, die Schrebergärten (Herrn Minners Werk) sind erhalten und nun ist Herr Minner auch bereit, der Ulrichsgemeinde die beantragte Summe zinslos zu gewähren. Für die kommunistische Fraktion sprach zu diesem Punkt der Gen. Kunschbauch. Er führte aus: Wenn die Ulrichsgemeinde sich vergrößert, daß sich ein neues Bethaus für sie notwendig macht, dann soll es ihr auch möglich sein, hierfür Kapitalien aus ihren eigenen Kreisen aufzubringen. Wir haben an solchem Humbug kein Interesse und lehnen den Antrag ab. Für das Wort „Humbug" erhält Gen. Kunschbauch einen Ordnungsruf. Der Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Die Punkte 6 und 7 zehen Grunderwerb vor und werden ohne Debatte angenommen.

Beim nächsten Punkt, der die Abänderung des Ortsstatuts für die städtische gewerbliche Berufs-(Fortbildungs-)Schule zur Debatte stellt, kommt es zu einer kurzen erregten Szene. Zunächst versuchte Herr Michel, der als Vertreter des Handwerks und der Gewerbetreibenden doch das größte Interesse für Annahme dieses Antrages haben müßte, Stimmung dagegen zu machen. Er fürchtet Kollisionen zwischen Herrschaft und Dienstboten, wenn die Letzteren nun auch noch verpflichtet werden sollen, Unterrichtsstunden in der Fortbildungsschule zu besuchen.

Genosse Illgenstein gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß gerade Herr Michel gegen den Antrag Stimmung zu machen versuche. Man dürfe nicht durch Rücksicht auf die Bequemlichkeiten der „seinen Dämchen" und die berufliche Fortbildung der weiblichen Hausangestellten hindern. Als die Genossin Herrmann an Hand von wenigen Beispielen zeigt, wie notwendig in den meisten Fällen der Fortbildungsunterricht ist, als sie ferner anführt, wie traurig es gerade in diesem Berufe aussieht, **wie manche Dienstmädchen kaum ein Paar Strümpfe stopfen oder stricken können, weil sie von ihrer Dienstherrschaft meistens nur zu den schmutzigsten Arbeiten und täglich 12 bis 16 Stunden und noch mehr beschäftigt werden**, da melden sich gleich verschiedene der bürgerlichen Abgeordneten zum Wort. Die Abgeordnete „Halb und Halb" versucht die Aufzeichnungen der Genossin Herrmann damit zu widerlegen, daß die weiblichen Dienstboten ja erst von der (gnädigen) Hausfrau sachgemäß angelernt werden müssen und ihre Kenntnisse im Haushalt erst von ihrer Dienstherrin erhalten. Hierüber müssen sogar die Tribünenbesucher lachen. Nein, Frau Mampe, es ist hinreichend bekannt, daß die „gnädigen Dämchen" ihre Klasse am lebendigen Leibe verlausen und verfaulen lassen würden, wenn nicht die Dienstboten wären.

Dr. Lehmann versucht ebenfalls nachzuweisen, daß die weiblichen Hausangestellten einen Fortbildungsunterricht nicht mehr nötig haben. Zwischenrufe aus dem Saal und von der Tribüne wie:

„Denken Sie an die Hungerburg! — Ausgerechnet der Schmalzstullen-Lehmann"

usw. bringen ihn aber schnell zum Schweigen. Nachdem noch Schaumburg von der SPD. und Frl. Vehse von der Demokratischen Partei den Antrag zur Annahme empfohlen haben, wird dieser auch gegen die Stimmen der verschiedenen „Herrschaften" angenommen.

Die Anträge von 9 bis 13 werden ohne Debatte angenommen. Ebenfalls ein unter Punkt 14 stehender kommunistischer Antrag, der verlangt, daß die Staatsregierung ersucht werden soll, den Gemeinden das volle Verfügungsrecht über die Schulgebäude zu überlassen.

Auch zwei Anträge der SPD.-Fraktion, die verlangen, daß an geeigneten Stellen des Saaleufers Rettungsstationen eingerichtet werden und weiter, daß den Erwerbslosen und deren Familienangehörigen Gelegenheit geboten wird, bei freiem Eintritt einmal im Monat die städtischen Kunst- und Bildungsanstalten zu besuchen, finden keinen Widerspruch.

Ein Gesuch des „Freien Wassersportvereins Halle", dem der Magistrat einen Pachtvertrag nicht verlängern will, obwohl der Verein erst durch große Opfer diesen Platz durch Errichtung eines kleinen Gebäudes zu einer Badeanstalt gemacht hat, ruft lebhafte Debatten hervor. Selbst von bürgerlicher Seite wird das Vorgehen des Magistrats gegen einen sportreibenden Verein mißbilligt. Der Magistrat sucht sein Vorgehen damit zu begründen, daß durch den Neubau an dieser Stelle das Landschaftsbild verschandelt (?) würde. Demgegenüber weist Genosse Günther nach, daß hiervon gar keine Rede sein könne. Von einer Verschandelung des Landschaftsbildes könne man sprechen, wenn man das Luisenbad und die Eisenbahnbrücke der Hettstedter Bahn an der Saale betrachte. Der Magistrat wolle hier nur die „getränkte Lebermurst" spielen, weil er von dem Verein beim Einholen der Bauerlaubnis persönlich übergangen sei. Tatsächlich steht fest, daß Stadtrat Fischer keinen stichhaltigen Grund für die Einstellung des Magistrats beibringen konnte. An die Verschandelung des Landschaftsbildes glaubten selbst die meisten Bürgerlichen nicht. Das arbeiterfeindliche Verhalten geht am besten daraus hervor, daß selbst von bürgerlicher Seite ein Antrag eingebracht wird, der den Magistrat ersucht, dem genannten Verein das bebaute Gelände auch weiterhin zu überlassen. Unsere Genossen zogen hierauf einen ähnlich lautenden Antrag zurück. **Bei der Abstimmung stellte sich heraus, daß nur die Deutschnationalen dagegen waren.** Das Gesuch des „Freien Wassersportvereins" wurde hierauf antragsgemäß mit überwiegender Mehrheit berücksichtigt.

Ein von der kommunistischen Fraktion eingereichter Dringlichkeitsantrag, den Genosse Höder begründen wollte, verlangt vom Magistrat die kostenlose Bereitstellung des Thalia-Saales an den frühen Nachmittagsstunden, zum Zwecke von Aufführungen des russischen Filmwerkes „Panzerkreuzer Potemkin" für Erwerbslose. Um die Eintrittskosten so niedrig wie möglich zu halten, wurde in dem Antrag weiter verlangt, für diese Vorstellungen die Lustbarkeitssteuer aufzuheben. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde von den reaktionären Bürgertum nicht anerkannt, wodurch der Antrag überhaupt nicht zur Verhandlung kam. Diese gemeine Handlung quittierten unsere Genossen gemeinsam mit den Sozialdemokraten, indem sie geschlossen den Sitzungssaal verließen und dadurch die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeiführten.

Obwohl noch einige dringende Angelegenheiten in nichtöffentlicher Sitzung erledigt werden sollten, mußte die Sitzung aufgehoben werden. Die wenig geistreichen Gesichter der Bürgerlichen bewiesen, daß sie auf diese treffende Antwort nicht gefaßt waren. Vielleicht bequemen sie sich nun in einer außerordentlichen Sitzung, die höchstwahrscheinlich noch einberufen werden muß, über den kommunistischen Antrag doch zu beraten. Diesmal haben sich die reaktionären Herrschaften selbst eine schallende Ohrfeige versetzt. Ob sie daraus Lehren ziehen werden, ist bei der angeborenen Engstirnigkeit dennoch zu bezweifeln.

Sabotage des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung

Keine Sondervorstellungen für die hallischen Erwerbslosen!

Für die Erwerbslosen mit ihren Frauen sollten zwei Sondervorstellungen für den Film „Panzerkreuzer Potemkin" nachmittags 2 Uhr im Thalia-Saal veranstaltet werden. Am Sonnabend hat der Magistrat von Halle mitgeteilt, daß der Saal nicht vor 4 Uhr geöffnet werden darf. Es ist dadurch unmöglich geworden, die Sondervorstellungen zu einem Eintrittspreis von 40 Pfennig abzuhalten.

Den Erwerbslosen wird empfohlen, nunmehr die Nachmittagsvorstellungen 4½ Uhr zu besuchen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig. Wegen der Lustbarkeitssteuer ist es nicht möglich, den Preis weiter herabzusetzen. Vorzeigung der Stempelkarte ist unbedingt notwendig.

Wir verweisen noch ganz besonders auf unseren heutigen Bericht über die Stadtverordnetenversammlung, die über einen, von den Kommunisten eingebrachten Dringlichkeitsantrag, der die gesonderte Erwerbslosenvorführungen ermöglichen sollte, abzustimmen hatte. Von der bürgerlichen Seite wurde die Dringlichkeit nicht anerkannt, worauf Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossen den Saal verließen und somit die Versammlung beschlußunfähig machten.

Ein verhängnisvolles Kappenfest

Am 17. Januar d. J. fand in Reideburg im Lokal des Gastwirts Schrader ein öffentliches Kappenfest statt. Zu diesem hatten sich auch der 20jährige Schlosser Max Röthling aus Canena und der gleichaltrige Mechaniker Räkel aus Reideburg eingefunden. Zwischen diesen beiden, die sich bis dahin nicht feindlich gegenüber gestanden hatten, entspann sich im Verlaufe des Abends ein Streit wegen der Braut des R., den sie durch handgreifliche Argumente schlichten zu müssen glaubten. Zu diesem Zweck begaben sich beide vor die Saaltür. Hier versetzte Röthling dem Räkel einen Schlag ins Auge, so daß dieser zu Boden stürzte. Damit war die Sache vorerst erledigt. Nach einigen Tagen stellten sich bei dem Gestürzten heftige Kopfschmerzen und Lähmungserscheinungen ein. Es stellte sich heraus, daß er durch den Sturz eine Verletzung der Schädeldecke davongetragen hatte und Blut ins Gehirn gerieten war. An diesen Folgen verstarb der Geschlagene am 24. Januar d. J.

In seiner gestrigen Sitzung befaßte sich das Schwurgericht mit dieser Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, in der sich der angeklagte Röthling zu verantworten hatte. Nach eingehender Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Das Gericht hielt die Tat mit 1 Jahr **Gefängnis** hinreichend gesühnt. Außerdem wurde dem Angeklagten die erlittene Untersuchungshaft von 4 Monaten angerechnet und ihm Erlaß von 5 Monaten bei guter Führung in Aussicht gestellt.

Fällige Steuern im Monat Juli

Der Magistrat der Stadt Halle mahnt für folgende Steuerbeträge:

1. Fällig am 15. Juli 1926 (keine Schonfrist) ist die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme.

2. Fällig am 15. Juli 1926 (Schonfrist 7 Tage) sind die staatliche Steuer vom Grundvermögen, der Gemeindezuschlag dazu, die Hauszinssteuer sowie die Kanalbenutzungsgebühr für die Zuleitung der Wirtschaftswässer und der Fäkalien.

3. Fällig am 15. Juli 1926 (keine Schonfrist) ist die Hundesteuer für Juli/September 1926.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß nicht mehr mittels Mahnzettel, sondern nur noch durch Bekanntmachung in den Tageszeitungen und an den Anschlagsäulen in der zweiten Monatshälfte gemahnt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0006

Einen Pfennig den Fürsten — Alle Groschen den kämpfenden englischen Bergarbeitern!

8. Quittung der IAH. LM. Halle-Merseburg

Ortsgruppe Ditterfeld, Kreismert Thelben	Mk.	378	31,50 Mk.
Ortsgruppe Merseburg	„	553	46,15 „
Kassestelle Elisabeth-Krankenhaus, Heilmann & Ultmann	„	731	9,50 „
Ortsgruppe Hohenmölsen	„	509	4,90 „
Kassestelle Moritz, Fa. Mol	„	157	5,00 „
Kassestelle Reideburger Straße, Fa. Becker & Gauerzapf	„	142	4,75 „
Belegschaft der Fa. Claus & Kühl	„	156	8,00 „
Kassestelle Reideburger Straße, Fa. Reichardt	„	162	7,30 „
Kassestelle Artilleriestraße, Fa. Knabe	„	136	3,70 „
Ortsgruppe Bitterfeld, Fa. Leopold	„	9	10,05 „
Ortsgruppe Ammendorf	„	279	1,00 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	172	11,00 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	79	10,50 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	50	4,60 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	81	14,00 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	82	4,00 „
Ortsgruppe Gerbstedt	„	32	5,00 „
Ortsgruppe Weißenfels	„	84	4,50 „
Kassestelle Schönemann & Schwarz	„	137	2,00 „
Kassestelle Merseburger Straße, Fa. Reichardt	„	128	3,25 „
Ortsgruppe Wolfen	„	206	1,70 „
Ortsgruppe Wolfen	„	205	0,55 „
Kassestelle Merseburger Straße, Fa. Rissle	„	727	7,60 „
Belegschaft des Lennawerkes	„	863	11,00 „
Ortsgruppe Delitzsch	„	15	2,20 „
Kassestelle Weinberg, Kostanbaerbetriebe	„	729	1,20 „
Belegschaft der Fa. Hasenglaser	„	755	10,20 „
Kassestelle Klinik, Verl. A.-G.	„	753	7,50 „
Kassestelle Freiimfelder Straße, Fa. Pfeiffer	„	140	7,75 „
Kassestelle Artilleriestraße, Fa. Knabe	„	746	12,40 „
Kassestelle Freiimfelder Straße, Hoffmann & Tüchelmann	„	754	6,30 „
Kassestelle Merseburger Straße, Fa. Rissle	„	745	4,70 „
Ortsgruppe Merseburg	„	46	8,00 „
Belegschaft der Fa. Moke & Co.	„	644	4,05 „
Kassestelle Elisabeth-Krankenhaus, Heilmann & Ultmann	„	731	9,20 „
Kassestelle Wörmlitzer Straße, Fa. Bode	„	749	3,00 „
Ortsgruppe Bürrenberg	„	431	10,05 „
Ortsgruppe Bürrenberg	„	432	13,20 „
Monatsspende der Belegschaft des Allg. Konsumvereins			200,00 „
Spende Frau Schumann			2,00 „
			528,50 Mk.
		Bereits quittiert:	3 626,68 „
		Summe:	4 155,18 Mk.

Die mitteldeutschen Arbeiter müssen mit verdoppelten Kräften Sammlungen der Internationalen Arbeiter-Hilfe durchführen, mit ihre englischen Arbeitsbrüder als Sieger aus diesem Kampfe vorgehen.

Noch heute fordert Sammellisten an!

Bund der Freunde der IAH., LM. Halle-Merseburg,
Dorotheenstraße 1, Telephon 9150.

Der Grützner-Prozeß

Zu unserem gestrigen ausführlichen Bericht über den Grützner-Prozeß ist noch nachzutragen, daß die Angeklagten gegen das Urteil Berufung erhoben haben. Wahrscheinlich heißt der Verantwortliche „Hallesches Zeitung" auf das Glück, daß Herrn Grützner auch zur Seite stand, indem in der Verhandlung am Sonnabend Schöffen ein Sozialdemokrat und ein Kommunist tätig waren. Dieser Umstand erscheint den Herren wichtig genug, daß sie glauben, es in ihrem Bericht besonders hervorheben zu müssen. Dies zeugt zweideutig von Zweifel an der Objektivität des Gerichts, nach man aber in ihren Berichten über Arbeiter-Prozesse vergeblich sucht. Nun, da die völkischen Herren selbst einmal in überaus bitter Weise von der rächenden Nemesis ereilt sind, erheben sie ein Wehgeschrei und spielen die „getränkte Leberwurst"!

Völberg-Wörmlitz

Oeffentliche Kundgebung. Am Mittwoch, 30. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal Rauschenbach eine von der Gauleitung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes angesetzte öffentliche Kundgebung statt, in der eine Genossin sprechen wird über den Ausgang des Volksentscheides und die Notlage der Arbeiterfrauen. An die Arbeiterfrauen von Völberg-Wörmlitz richten wir die Aufforderung, in die Versammlung zu kommen und sich Aufklärung zu holen. Die Ortsgruppe des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes von Halle beteiligt sich geschlossen an dieser Kundgebung und wird gegen 8 Uhr in Völberg-Wörmlitz eintreffen. Arbeiterfrauen von Völberg-Wörmlitz, beweist durch das Erscheinen in dieser Kundgebung, daß auch Ihr Euch einreihen wollt in die rote Klassenfront des Proteiariats.

Völberg-Wörmlitz

Ortskartellsitzung. Unsere Kartellsitzung findet nicht am Donnerstag, sondern Mittwoch, den 30. Juni, abends 8½ Uhr, statt. Wir ersuchen alle Delegierten davon Kenntnis zu nehmen und zu erscheinen. Donnerstag ist Gemeindevertretersitzung in Völberg. Heute, Dienstag, bei Rauschenbach, Sonnenwendfeier der weltlichen Schule vom Gebiet Halle von 2 Uhr an.

Der Kartellvorstand.

Ammendorf

Meldet Quartiere! Zur Sonnenwendfeier werden noch Quartiere gebraucht. Parteigenossen! FAB.-Kameraden! Meldet Quartiere!

Ammendorf

Fürstengegner heraus! Am Mittwoch, dem 30. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Dreierhaus" eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Volksentscheid — Was nun?" statt. Alle am Arbeitsausschuß zur Durchführung des Volksentscheids beteiligten Organisationen werden aufgefordert, um 7 Uhr in Bezug zur gemeinsamen Demonstration nach dem „Dreierhaus" anzutreten.

Arbeitsausschuß zur Durchführung des Volksentscheides.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Sport und schickt Eure Kinder mit in die Ferienheime des Jung-Spartakus-Bundes

Auskunft und Anmeldung Dienstag bis Donnerstag, nachmittags von 5 bis 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 6.

Die Hochwasser-Geschädigten fordern sofortige Hilfe

Bauernversammlungen im Ueberschwemmungsgebiet — Wucherpreise für Futtermittel

Die Bauern müssen ihr Vieh verkaufen

Bauernversammlung in Würdenhain

Bei Würdenhain im Kreise Liebenwerda hat, wie berichtet, ein **Dammbruch** stattgefunden, wodurch ungeheurer Schaden angerichtet worden ist. Die Bauern dort sind in großer Not. Zwar waren schon verschiedene Kommissionen anwesend, auch Grützner war da, aber geschehen ist noch nichts zur Linderung der Not. Der Landrat hat den Bauern lediglich versprochen, für Futtermittel zu sorgen, natürlich gegen Bezahlung. **Der Wucher hat bereits eingesetzt: Stroh und Heu sind im Preis schon beträchtlich gestiegen.** Auch der Preis für Kraftfutter fängt bereits zu klettern an. Die Bauern haben aber kein Geld und sind gezwungen, **ihr Vieh zu verkaufen.** Das nutzen wiederum die Händler aus, die einen ganz niederen Preis fürs Vieh bieten. So wird von allen Seiten versucht, den kleinen Bauern das Fell über die Ohren zu ziehen.

Die Bauernschaft in Würdenhain und Umgebung ist noch sehr konservativ eingestellt. Es war das erste Mal, daß nun eine von der KPD. einberufene Versammlung dort stattfand. Früher war das Lokal dort niemals zu bekommen, da der Wirt deutschnational ist. Und nun ist zu verzeichnen, daß die Bauern zu den Kommunisten in die Versammlung kommen, weil sie gehört haben, daß sich die Kommunisten für die Bauern einsetzen. Sie haben gehört von den Anträgen im Reichstag, Landtag, Provinzialparlament und erkennen dies freudig an. Mit einem Male ist auch in diesem Winkel die Sympathie der Bauern für die Kommunisten erwacht.

Den Ausführungen des Provinziallandtags-Abgeordneten Genossen Benkwitz, der in der Versammlung in Würdenhain sprach, pflichteten die Landwirte voll und ganz bei. Nachstehende **Entschließung** wurde einstimmig angenommen:

„Die am 26. Juni in Würdenhain versammelten Interessenten der Hochwassergeschädigten verlangen vom Provinziallandtag und von der Preußischen Regierung sofortige Bereitstellung von Mitteln zur Sicherstellung von Viehfutter und einmalige Beihilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Geschädigten. Sie verlangen, daß die Instandsetzung der Dämme von der Regierung sofort durchgeführt wird."

Versammlung der Hochwasser-Geschädigten in Burgliebenau

Die Kommunistische Partei hatte zu einer **öffentlichen Versammlung der Hochwasser-Geschädigten** aufgefordert, die auch von den Bauern und Landleuten besucht war. Provinziallandtagsabgeordneter Gen. Hirsemann (Merseburg) sprach zu dem Thema: **„Die Hochwasserkatastrophe, und was ist zu tun."** In leicht verständlicher Weise zeigte der Redner neben den nicht zu verhindernden Naturereignissen die überaus **schwere Schuld der Wasserbaupolizei, die jahrzehntelang das Entschlammen und Entsanden der Flußläufe gröblichst vernachlässigt habe.** Auch **Bergwerkshefstzer,** die ihre jährlichen Abwässer der Gruben und Fabriken in die Flußläufe führen, müssen mit für die Größe der Katastrophe **verantwortlich** gemacht werden, **weil** nachweislich die Flußläufe bis zu 60 Zentimeter hoch mit Sand und Schlamm angefüllt worden sind und bewegen die großen Wassermengen nicht fassen konnten.

Sodann erläuterte Gen. Hirsemann die von der kommunistischen Fraktion im Provinziallandtag gestellten **Anträge,** die von den Anwesenden freudigst begrüßt wurden.

In der **Diskussion** kam zum Ausdruck, daß man zu den Hilfsmaßnahmen wenig Zutrauen habe, weil ja die Bergangenheit gezeigt habe, daß wohl die Agrarier und Großbauern ihre Schäden ersetzt bekommen, aber der **kleine Landmann und die Pächter immer das Nachsehen** haben. **Die erste notwendige Maßnahme sei sofortige Heranschaffung von Futterartikeln für das Vieh, da absolut keine Vorräte mehr da seien. Außerordentlich scharf wurde gerügt, daß die Futterartikel in den letzten Tagen um 4 bis 5 Mk. der Zentner gestiegen seien. Selbst ein behördlicher Betrieb, wie die Mühle in Döllnitz (Saaltreis), nutzte die Not der Hochwasser-Geschädigten aus und verlangte Wucherpreise von den Landleuten.**

Mit der Forderung an Gen. Hirsemann, ihre Interessen energisch zu vertreten, fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Die Hochwasserschäden bei Dommitzsch

Aus **Dommitzsch** wird unterm 27. Juni gemeldet: Am Sonntagnachmittag zeigte der Dommitzscher Pegel einen Hochwasserstand von 4,13 Metern an. Glücklicherweise hält das Sinken, wenn auch nicht in dem erwarteten und ersehnten schnellen Maße, jo doch stetig an. Von seinem Höchststande gemessen, ist das Wasser schon gegen 1½ Meter gefallen. Leider ist aber das Stauwasser ganz erheblich gewachsen. Wor am vergangenen Freitag erst ein kleinerer Teil der Fährstraße bedeckt, jo steht die Straße heute stellenweise einen Meter unter Wasser. Die Fluren der Elbaue, hauptsächlich da, wo das Wasser schon abgelaufen ist, bieten ein trauriges Bild. Die Pflanzen und Sträucher sehen schwarz und versault aus. Die Getreidehalme, Kartoffeln und Rüben, die wochenlang im Wasser gestanden haben, werden wohl kaum einen Ertrag bringen. Ebenso trostlos sieht es auf den nun frei werdenden Wiesen aus. Trotz der vorhandenen Futterknappheit ist der Landmann nicht in der Lage, das verschlammte und verfaulte Gras abzuernten. Mit Sorge schauen die Landwirte, die seit langem nicht auf eine derartige Wasserkatastrophe zurückschauen können, der Zukunft entgegen.

Neues Elbe-Hochwasser in Sicht?

Das „Wittenberger Tageblatt" bringt gestern folgendes Hochwasser-Telegramm:

Dresden, 28. Juni, 7 Uhr morgens. 202 über, steigt langsam. Hiernach ist am Wittenberger Pegel ein Stand von + 4.35 zu erwarten.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Heute, Dienstag, 8 Uhr „Der Sturm", Mittwoch 7½ Uhr „Valeskina". Donnerstag 8 Uhr „Der Waffenschmied". Freitag 8 Uhr „Regimentstochter". Sonnabend 7½ Uhr „Valeskina". Am Sonntag, dem 4. Juli, gibt zum erstenmal die Wilhelm-Tell-Oper „Kreuz-Gatti", die von C. Bamann neu bearbeitet und von Hugo Fisch mit modernen Schlagern versehen wurde, unter der Regie von P. Hertz in Szene. In Städtischen Schlachthofe in Berlin wird diese Oper schon über hundertmal mit größtem Erfolge gespielt.

Walhalla-Theater. Der allabendlich mit stürmischem Beifall aufgenommene Schlager „Liebster großer Teich" kann infolge anderweitiger Verpflichtungen nicht mehr lange auf dem Repertoir verbleiben, weshalb jeder, der bisher noch nicht Gelegenheit hatte, sich das Stück anzusehen, dies schleunigst nachholen sollte. Am jedermann den Besuch zu ermöglichen, hat sich die Direktion entschlossen, ab heute ganz bedeutend ermäßigte Sommerpreise festzusetzen. Die neuen Preise bewegen sich zwischen 50 Pf. und 3,50 Mk.

Solbad Wittekind. Am Mittwoch findet anläßlich des 80. Brunnenfestes ein Zeitkonzert von 5/7 bis 8/9 Uhr statt. Durch das hallische Sinfonie-Orchester gelangen zur Aufführung: Beethoven: Ouvertüre „Leonore III", Sinfonie Nr. 1; Wagner: Vorspiel „Lohengrin", Ouvertüre „Tannhäuser".

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle

Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, in der „Kette", Vorstands- und technische Kassenschlußsitzung. Die Vorsitzenden der Wiesenfahrer-Vereine müssen unbedingt erscheinen, zwecks Meldung der Mitfahrer und Abholung der Gelder.

J. A.: K. Oertel.

Wien-Fahrer des 2. Kreises, 6. Bezirk

Die Vereine, die Sonnabend, den 3. Juli, nach Wien fahren, haben das Fahrgeld Halle-Passau und zurück, Kr. 28 Mk., bis Mittwoch, den 30. Juni, an meine Adresse zu senden und haben sich zur Abfahrt am Sonnabend, 4.15 Uhr vormittags, am Hauptbahnhof, mittlerer Eingang, einzufinden. Die Karten Passau—Wien werden erst in Passau gelöst. Das Geld hierzu, 8 bis 10 Mk., je nachdem ob mit Dejeuner bestellen oder nicht, ist während der Fahrt bereitzuhalten. Ankunft in Wien Sonntag, den 4. Juli. Abfahrt von Wien am 11. Juli, abends 6 Uhr oder 11 Uhr. Ankunft in Halle am 12. Juli, 12.10 Uhr nachts. Bei mitgeführten Fahrrädern muß Berücksichtigung des Verstaues vorhanden sein, daß die Fahrer Eigentum des Vereins ist. Rad nicht vergessen.

Meibe.

Fichte 2. (Fußball) — Minerva 2. 2:4 (nicht 4:2).
Fichte 3. (Fußball) — Minerva 3. 3:6 (nicht 6:3).
Fichte 2. (Handball) — Nietleben 1. 8:2.

Vereinsmitteilungen

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Gau 17

Sonnabend, den 3. Juli, abends 6 Uhr, findet auf dem Stadion zu Halle ein Radrennen statt. Eröffnungs-Rennen über fünf Runden. 10-Kilometer-Rennen. Ausscheidungs-Rennen, die letzte je Runde über 10 km. Und ein 50-Kilometer-Rennen. 50 Fahrer aus Zeitz, Merseburg, Wittenberg, Halle, Döllnitz usw. nehmen daran teil, so daß ein spitzer Sport gewährleistet ist.

Naturfreunde Halle. Wir beteiligen uns am Dienstag, dem 29. Juni, an der Sonnenwendfeier der weltlichen Schule in Wörmlitz. Die Veranstaltungen sind auf dem Sportplatz. — Mittwoch, den 30. Juni, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung.

Jungarbeiter, heraus zur Sonnenwendfeier

am Sonnabend, dem 3. Juli, in Ammendorf!

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal**

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

Bei dieser Schlußfolgerung telefonierte er Schwitzers Warenhaus und da Mr. Schwitzer anwesend war, so rollte er die Zeichnungen zusammen und machte sich auf den Weg zu diesem Gentleman. — — —

Jäger hatte an diesem Morgen drei weitere Maler eingestellt, und zwei andere Arbeiter legten die neuen Abzugsrohre. Zimmerleute waren zurückgekommen, es arbeitete auch noch Bleiarbeiter im Hause, und zur Mittagspause fand sich eine ganze Menschenmenge in der Küche zusammen. Craß wartete noch nur auf eine passende Gelegenheit, um mit dem Zeitungsausschnitt aufzutrumpfen, den er, wie wir uns erinnern, am Montag Easton gab. Er hatte vergeblich gewartet, denn die ganze Woche war bei den Mahlzeiten keine „politische" Unterhaltung zustande gekommen, und es war bereits Donnerstag.

Owens ganzes Sinnen war auf die Entwürfe für den Salon konzentriert und er dachte an weiter nichts. Die meisten anderen vermieden nur zu gern ein Thema, das jo oft Unstimmigkeiten hervorrief. Eigentlich liebte auch Craß solche Diskussionen nicht, weil er war so zuversichtlich, Owen mit dem Ausschnitt aus dem Schatzkunzler" aus dem Felde schlagen zu können, daß er schon einmals vergeblich versucht hatte, die Unterhaltung in die gewünschte Bahn zu lenken.

Während des Mittagessens — wie sie es nannten — kam das Gespräch auf verschiedene Dinge. Harlow erwähnte, daß er Wanzen gesehen in einem der Schlafzimmer entdeckt hatte, und das führte zu einer Menge Erzählungen über diese Insekten und über Häuser, in denen sie sich festgesetzt hatten.

„Es heißt immer, daß Gott alles zu einem nützlichen Zwecke erschaffen hat", bemerkte Harlow zu dem eigentlichen Gesprächsgegenstand zurückkehrend, „aber verdammt nochmal, wozu sind eigentlich Wanzen, Flöhe und solche Viecher da?"

„Natürlich um die Menschen zur Sauberkeit zu erziehen", sagte Schleim.

„Eigentlich ist's doch komisch, nicht?" fuhr Harlow fort, ohne Schleims Antwort zu beachten, „man sagt, daß alle Krankheiten von kleinen Insekten herrühren. Wenn Gott nun keine Krebskeime und Tuberkel-Bazillen gemacht hätte, gäbs keinen Krebs und keine Schwindsucht!"

„Das ist ein Beweis mehr dafür, daß es keinen individuellen Gott gibt", sagte Owen. „Wenn wir glauben, daß das Weltall und alles, was darin lebt, nach einem wohlerdachten Plan von Gott geschaffen wurde, dann müssen wir auch glauben, daß er diese Krankheitsleine machte, um seine Geschöpfe zu quälen."

„Erzähl mir doch keinen Blödsinn", unterbrach Craß brutal. „Es gibt einen Herrscher über uns, Mensch, und Du wirst es noch bald genug herausfinden!"

„Wenn nicht Gott die Welt erschaffen hat, wie ist sie dann entstanden?" fragte Schleim.

„Darüber weiß ich nicht mehr als Du", erwiderte Owen. „Das heißt: ich weiß nichts. Der einzige Unterschied zwischen uns ist nur, daß Du etwas zu wissen glaubst. Du glaubst zu wissen, daß Gott das Weltall machte, wieviel Zeit er dazu brauchte, wielange es besteht und wie es schließlich wieder verschwinden wird. Du bildest Dir auch ein, zu wissen, daß wir nach unserem Tode weiter leben werden, wohin wir kommen und was für ein Dasein wir da führen werden. Ja, im Uebermaß Deiner „Demut" glaubst Du tatsächlich alles zu wissen. In Wirklichkeit weißt Du nicht mehr von allen diesen Dingen, als irgendein anderer Mensch, d. h. nichts."

„Nach Deiner Meinung", sagte Schleim.

„Wenn wir uns bemühen zu lernen", fuhr Owen fort, „dann können wir ein wenig von der Entwicklung und dem Wandel des Weltalls erfahren, aber über den Anfang wissen wir nichts."

„Nach meiner Meinung, Kollegen, ist das alles ein verdammtes Geheimnis und das ist alles", bemerkte Philpot.

„Ich behaupte nicht Verstandeswissen zu haben, sagte Schleim, „aber Verstandeswissen wird meine Seele auch nicht retten! Das kann nur das Herzenswissen. Mein Herz weiß, daß alle meine Sünden auf jein heiliges Blut abgeladen werden und dieses Wissen gibt mir Glück und Frieden, das allen Verstand übersteigt, solange ich ein Christ bin."

„Halleluja, Halleluja!" schrie Bundy und fast alle lachten.

„Christ ist nicht übel", spottete Owen, „Du hast wohl ein Recht, Dich Christ zu nennen, was? Was das Glück anbelangt, das allen Verstand übersteigt, jo übersteigt es bestimmt meinen Verstand wie jemand glücklich sein kann, in dem Glauben, daß Millionen Menschen in der Hölle gesotiert werden und es übersteigt auch meinen Verstand wie Du Dich nicht schämst, unter solchen Umständen glücklich zu sein."

„Ach, Du wirst schon noch dahinter kommen, wenn es ans Sterben geht", sagte Schleim in drohendem Tone. „Dann wirst Du anders denken und reden."

„Darüber komm ich auch nicht weg", meinte Harlow, „mir scheint's nicht richtig, daß nach einem Leben in Armut und Elend, wo wir jede Stunde, die Gott der Allmächtige werden ließ, schufteten und fronten, daß wir nach jo einem verfluchten Leben noch bis in alle Ewigkeit in der Hölle brennen sollen. Das scheint mir doch unmöglich."

„Ich glaube", sagte Philpot überzeugt, „wenn Du tot bist, dann ist Schluß, das ist Dein Ende."

„So sage ich auch", bemerkte Easton. „Die ganze Religion ist bloß zum Geldverdienen da. Sie ist das Gewerbe der Geistlichen, jo wie das Häusermalen unseres ist. Bloß ist weiter keine Arbeit damit verbunden und die Bezahlung ist verdammt nochmal, 'n bißchen besser als unsere."

„Wenn ich bloß jo 'ne Stelle fände, wie der Erzbischof von Canterbury", sagte Philpot feierlich, „ich würde dieser Firma untreu."

„Ich auch", sagte Harlow. „Wenn ich der Erzbischof von Canterbury wär, dann nähm' ich meinen Farbentopf und meine Pinsel und schmiß sie hurtig durch jein laufiges Fenster und das alte Elend könnte sich zum Teufel scheren."

„Ich kümmere mich nicht viel um Religion", meinte Neumann. „Was nach dem Tode kommt, werden wir ja dann sehen, wozu soll man sich schon auf halbem Wege Kopfzerbrechen machen? Es mag wahr oder unwahr sein, was sie uns da erzählen, aber ich habe auf das zu achten, was in dieser Welt passiert. Ich bin nicht viel mehr als ein halb Dutzend Mal seit meiner Hochzeit in der Kirche gewesen — das ist nun fünfzehn Jahre her — und zwar immer dann, wenn eines der Kinder getauft wurde. Die Alte geht bisweilen und natürlich gehen auch die Kinder. Etwas müssen sie doch lernen, und sie können es gerade jo gut in der Sonntagsschule lernen wie wo anders."

Ein allgemeines zustimmendes Murmeln folgte dieser Rede. Es schien die einstimmige Ansicht zu sein, daß Religion, gleichgültig ob sie wahr oder unwahr wäre, doch ein gute Sache für die Kinder sei.

„Ich war seit meiner Hochzeit nicht mehr da", sagte Harlow, „und manchmal wünsche ich, ich wär auch da noch weggeblieben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0007

Phrasen, aber keine Hilfe für die Erwerbslosen

In der Reichstagssitzung vom 28. Juni wird zunächst ein Gesetzentwurf, durch den die Schutzpolizeibeamten nicht mehr auf 12 Jahre verpflichtet, sondern lebenslänglich angestellt werden können, dem Rechtsausschuß überwiesen. Es folgt dann die Beratung der Ausschußbeschlüsse über die

produktive Erwerbslosenfürsorge.

Abgeordneter Dißmann (SPD.) teilt als Berichterstatter mit, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Auffassung sei, es müsse ein **großzügiger Plan zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Wirksamkeit treten.** Insbesondere kämen in Betracht Straßenbau, Straßenerneuerung, Kultivierung von Oedflächen, Schiffbarmachung von Flüssen, Kanalbauten, Fluß- und Bachregulierungen, Anlagen zur Gewinnung von Wasserkräften, Wohnungsbau und Elektrifizierung der Eisenbahnen. Der Ausschuß hätte diese Gedanken in einer Entschließung niedergelegt, der der Reichstag beitreten möge.

Abgeordneter Ziegler (Demokrat) berichtet über die Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses, der die Arbeitslosenversicherung an Stelle der Arbeitslosenfürsorge verlange. Der Ausschuß sei gegen die Lohnklasseneinteilung. Er fordere die Verlängerung der Kurzarbeiterunterstützung bis zum Herbst und die vorzugsweise Behandlung von ausgesteuerten Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten.

Die Beschlüsse, die der Ausschuß zur produktiven Erwerbslosenfürsorge gefaßt hatte, sind zurückzuführen auf einen Antrag, den **die kommunistische Reichstagsfraktion bereits im Dezember des vorigen Jahres eingebracht hatte.** Sie forderte darin insbesondere die großzügige Inangriffnahme von **Wohnungsbauarbeiten,** die vom Reich, den Ländern und Gemeinden **in eigener Regie zu Tariflöhnen** ausgeführt werden sollten. Das weiteren forderte der kommunistische Antrag wirksame Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte bis zur entschädigungslosen Enteignung solcher Unternehmungen, deren Besitzer mit Hilfe von Betriebsstillegungen die Arbeitsbedingungen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken versuchen. Dieser kommunistische Vorstoß hat nunmehr nach einem halben Jahre Ausschußberatungen dazu geführt, daß die beiden Ausschüsse zu Beschlüssen kamen, die trotz der verschärften Wirtschaftslage für die Regierung keinerlei Verpflichtung bedeuten. In Umangelung von wirklichen eingreifenden Maßnahmen sah sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wenigstens gezwungen, eine längere Rede zu halten.

Die Arbeitslosigkeit steigerte sich vom 15. November 1925 mit 473 000 Hauptunterstützungsempfängern auf rund 2 Millionen am 15. Februar 1926. Die Zahl der unterstützten Angehörigen ist noch höher. Ueber die **Kurzarbeit** gibt es **keine amtliche Statistik.** Nach den gewerkschaftlichen Mitteilungen ist die Zahl der Kurzarbeiter der Zahl der Vollerwerbslosen gleich. Die Hauptunterstützungsempfänger haben sich bis zum **15. Mai auf 1 742 000 verringert.** Seitdem ist aber wieder eine **ständige Steigerung zu verzeichnen.**

Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt ist sehr groß. Von 473 000 Arbeitslosen am 15. November 1925 bezogen am 15. Mai 1926 nur noch 186 000 **Unterstützung** (also ausgesteuert).

Auf Grund dieser Zahlen ist folgendes festzustellen: einmal verweigern die Erwerbslosen nicht die Aufnahme der Arbeit, wenn sie welche zugewiesen erhalten, zweitens bedürfen die Ausgesteuerten der besonderen Fürsorge. Ueber die Notstandsarbeiten teilt der Minister mit, daß am 15. Mai **170 105 Notstandsarbeiter** vorhanden waren, eine Zahl, die bis jetzt nicht erreicht worden sei.

Die Erwerbslosigkeit würde auf Jahre hinaus fortdauern. Im Jahre 1929 werde infolge des Geburtenausfalles (!) während des Krieges (!) eine wesentliche Erleichterung (!) eintreten. Bis dahin wolle die Regierung helfen. (?) Die Eisenbahngesellschaft solle Zinserleichterungen erhalten, die Reichspost habe eine Anleihe aufgenommen und das Baugewerbe werde in der zweiten Hälfte der Saupersiode wieder stärkere Arbeit bekommen. (?)

Für die kommunistische Fraktion antwortete auf diese unglaubliche Ministerrede Genosse Schütz: Trotzdem die beiden Berichterstatter hier eine halb Stunde und der Minister fast dreiviertel Stunde gesprochen hatten, bittigte man der Opposition nur eine halb Stunde Redezeit zu. Genosse Schütz führte folgendes aus: In dem Bericht des Ausschusses heißt es, daß alle Parteien in der Fürsorge für die Erwerbslosen sich einig gewesen seien. **Die Einigkeit besteht aber nur in den Versprechungen, nicht aber in der Verwirklichung der Versprechungen.** Es ist gut, daß man endlich anerkennt, daß die **Wirtschaftskrise nicht eine vorübergehende, sondern eine chronische ist. Bisher haben wir Kommunisten das allein betont** und sind dafür beschimpft worden. Der Plan der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist jetzt aber, den Erwerbslosen Versprechungen zu machen, die sie nicht zu halten gedenken. Wir Kommunisten wollen diesen Plan durchkreuzen und haben deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Für die produktive Erwerbslosenfürsorge stellt die Reichsregierung außer den im Etat eingesetzten Summen weitere 300 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Diese Mittel sollen zur Vollendung bereits begonnener Projekte, wie Mittellandkanal, Neckarkanal usw. und bereits begonnener Bahnbauten (Münster, Dortmund) Verwendung finden. Vor allem aber sollen die Hochwasserschäden, Dammbrüche, Straßenschäden usw. sofort beseitigt und Arbeiten in Angriff genommen werden, die in Zukunft die Hochwassergefahr verringern. (Anlegung und Ausbau von Talsperren, Flußregulierungen, Errichtung und Ausbau von Dämmen.)

An der Abstimmung über diesen unseren Antrag werden die Erwerbslosen erkennen, ob sie (die Regierung und bürgerlichen Parteien) für die Erwerbslosen nur Phrasen übrig haben, oder aber zu Taten übergehen wollen.

Der Minister hat betont, daß das Regierungsprogramm zur dauernden Beschäftigung von 500 000 Erwerbslosen ausreiche. Wir bezweifeln das. Zumal die Regierung nicht bereit ist, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Erwerbslosenzahl wird angegeben mit 1 744 539 Hauptunterstützungsempfängern. Wenn wir nur 30 Prozent Ausgesteuerter, was viel zu wenig ist, annehmen, so erhalten wir 2 119 000 Erwerbslose ohne Angehörige. **Wenn davon 170 000 mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden, so sind das rauhg 8 Prozent,** 92 Prozent nach wie vor erwerbslos.

Nun ist die Rede von 72 796 000 **Mark,** die man für Notstandsarbeiten zur Verfügung stellt. Bei achtstündiger Arbeitszeit mit einem Tariflohn von 80 Pf. kann man mit dieser Summe **100 000 Arbeiter 60 Tage beschäftigen.** Das bedeutet eine Beschäftigung **von 5 Prozent der Erwerbslosen im Gegensatz zu den 8 Prozent,** die der Arbeitsminister behauptet hatte. Diese Tatsache beweist, was die Erwerbslosen von diesem Reichsarbeitsminister und dieser Regierung zu erwarten haben.

Einige Beispiele für **Arbeitsmöglichkeiten:** In Deutschland liegt die Arbeit auf **29 Bahnlinien,** deren Bau begonnen worden ist, still. Die Strecken verloddern; das Geld ist umsonst ausgegeben. Der Minister hat zum Ausbau der Wasserstraßen gesprochen. Die Anträge dazu haben wir seit langem gestellt. 40 Millionen Mark, die für Urbarmachung von Ländereien bereitgestellt wurden, sind nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums ausgegeben. So sieht das „großzügige" Programm der Regierung aus. **40 000 Kilometer Landstraßen sind in völlig verwahrlostem Zustand.** Auch hier wird nicht eingegriffen, um Hunderttausenden von Erwerbslosen Beschäftigung zu geben. Bei der vorletzten Hochwasserkatastrophe haben wir Notstandsarbeiten verlangt, um diese Schäden zu verhüten. Man ist auf unsere Anträge nicht eingegangen, so daß jetzt bedeutend höhere Summen ausgegeben werden müssen, um die Katastrophen, die teilweise hätten verhütet werden können, zu lindern. Die Rede des Arbeitsministers über die bald einsetzende Bautätigkeit ist überhaupt nicht ernst zu nehmen.

Deshalb fordern wir, daß auf Grund unserer Anträge schleunigst und energisch eingegriffen wird. Wenn Sie warten, bis die Erwerbslosen sich selbst helfen, dann werden Sie dabei die Leidtragenden sein.

(Die Rede des Genossen Schütz wird mit Händeklatschen auf den Tribünen begrüßt.)

Abgeordneter **Dißmann** (SPD.) bedauert in einer sehr „radikalen" Rede, daß die SPD. immer für die Erwerbslosen gearbeitet habe und einigen kommunistischen Anträgen zustimmen werde. Die Sozialdemokratie werde aber nicht stimmen für den kommunistischen Antrag, **der 300 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge verlangt.**

Genosse **Rädel:** Der Ausschuß hat dem Reichstag vorgeschlagen, die wichtigsten der kommunistischen Anträge abzulehnen. Man hat nichts gegen unsere Anträge gesagt. Wenn man deshalb gegen die Anträge stimmt, so beweist man damit, daß man zwar den Ruhrindustriellen 800 Millionen schenken konnte, ohne den Reichstag zu fragen, aber wenn es sich um die Erwerbslosen dreht, kein Geld zur Verfügung steht. In der Reichstagssitzung stellen wir deshalb unsere Anträge erneut zur Abstimmung. **Wir halten fest an der 50prozentigen Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge.** Während Sie einem Wilhelm von Hohenzollern täglich 1670 Mk. zahlen, erhält ein Erwerbslosser im günstigsten Falle 1,78 Mk. am Tage. **Kürzen Sie die hohen Pensionen! Nehmen Sie den Generalen die Pension. Kürzen Sie die Gehälter der hohen Beamten, die teilweise 60 000 bis 150 000 Mk. im Jahre erhalten.** Genosse Rädel spricht sodann gegen die unmögliche Ortsklasseneinteilung und begründet erneut den kommunistischen Antrag hierzu.

In der Kurzarbeiterfrage hat der Ausschuß eine seiner loyalen Erklärungen und Entschließungen angenommen. Damit kann kein Kurzarbeiter etwas anfangen. Wir fordern endlich, daß unseren Anträgen entsprechend verfahren wird, damit es unmöglich wird, daß die Kurzarbeiter um ihre Unterstützung geprellt werden können. Als der Reichsarbeitsminister sagte: im Jahre 1929 werde **infolge des Geburtenrückganges die Lage sich bessern,** habe ich das für einen Scherz gehalten. Vielleicht meinen Sie, daß bis dahin die **Siedlung auf den Friedhöfen** soweit fortgeschritten ist, daß man von einer nennenswerten Abnahme der Arbeitskräfte werde reden können. Vielleicht meinen Sie, daß bis dahin die **Reichswehr** wieder einmal **„Ordnung" geschaffen hat.** Das aber sagen wir Ihnen: die Arbeiterklasse wird sich einen zweiten Gewaltstreich wie im Jahre 19[illegible] nicht wieder bieten lassen. Der Arbeitsminister hat dem Ausschuß seinen Dank ausgesprochen. Wir erwidern der Regierung: **Sie bieten Reichstag auf, dann werden Sie den „Dank" der Arbeiterklasse bekommen!** Die kommunist. Anträge werden restlos abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages betreffend **Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.** Der Rechtsausschuß hat die Aufhebung des Gesetzes abgelehnt und nur beantragt, die Zuchthausstrafen und Ausweisung bestrafter Ausländer zu streichen.

Abgeordneter **Frick** (völkisch) hält den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes aufrecht.

Genosse **Rosenberg:** Wir Kommunisten werden für die Verbesserungen stimmen, die im Rechtsausschuß beschlossen worden sind. Wir verlangen aber nach wie vor die **Aufhebung des ganzen Gesetzes,** das zu einem Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei geworden ist. Genosse Rosenberg führt dann eine Reihe von Beispielen an, die die Klassenjustiz besonders kennzeichnen. Der Schriftsteller Fritz Rau ist auf Grund des Republikschutzgesetzes zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Film kritisierte und dabei folgende Worte gebrauchte: Lenin ist tot, aber sein Werk lebt. Möge die deutsche Arbeiterschaft diesen Mahnruf ebenso hören wie die russische, die ihn damit beantwortete, daß sie zu Hunderttausenden in die Kommunistische Partei, in die Reihen der Partei Lenins, eintraten.

Es ist bedauerlich, daß die Regierung es seit Januar dieses Jahres vermeidet, auf unsere Interpellation zu antworten, die die Regierung fragt, ob sie derartige Justizpraktiken deckt.

Abgeordneter **Rosenfeld** (SPD.) behauptet, die kommunistische Fraktion habe bisher nichts für die Aufhebung des Republikschutzgesetzes getan.

Genosse **Rosenberg** erwidert ihm darauf, daß der Verbesserungsantrag, den die Sozialdemokraten eingebracht haben, ursprünglich ein **kommunistischer Antrag gewesen sei,** den die Sozialdemokratie nur aufgenommen habe.

In der Abstimmung wird entsprechend dem Ausschußbeschluß die Milderung des Republikschutzgesetzes beschlossen.

Darauf wird der Reichstag auf Dienstag, den 29. Juni, 2 Uhr vertagt mit der Tagesordnung **„Das Fürstenkompromiß".**

Neues vom Tage

Unfall im Stadion in Berlin

Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, hat sich heute vormittag bei den Ausschachtungsarbeiten auf dem Stadiongelände ein schweres Unglück zugetragen. Ein Arbeiter, der damit beschäftigt war, mit Picken den Boden aufzureißen, traf etwa zwei Zentimeter unter der Erdoberfläche mit der Picke auf eine Bombe, aus deren Blechumhüllung eine andere Flüssigkeit spritzte, die sich in der Luft sofort in eine dichte Nebelwolke verwandelte. Der Arbeiter hat an Augen und Gesicht schwere Verbrennungen davongetragen. Man befürchtet, daß die Nebelbombe von Truppen, die zurzeit des Kapp-Putsches im Stadion lagerten, achtlos beiseite geworfen worden ist.

Unfall eines Reklameflugzeugs

Gera, 28. Juni. Das Reklameflugzeug des zurzeit in Gera weilenden Zirkus Gleich geriet heute beim Aufsliegen in Brand. Der Flugzeugführer konnte infolgedessen den Flugplatz nicht erreichen und mußte mit seinem Begleiter etwa in Telegraphenmasthöhe herausspringen. Beide Flieger blieben unverletzt, das Flugzeug stürzte zur Erde und verbrannte vollständig. Die Ursache des Unfalls war ein sogenannter Vergaserbrand.

Braut und Bräutigam zusammen 159 Jahre alt

In Gollnow in Pommern wurde der Rentenempfänger Habel nach einer Meldung des Berliner „Lokalanzeigers" mit einem Fräulein Springstubbe getraut. Der Bräutigam ist 80 Jahre alt. Die Braut steht im 79. Lebensjahre.

Wettkonzerninhaber Klante festgenommen

Hamburg, 26. Juni. Der frühere Wettkonzerninhaber, Max Klante, der sich zurzeit in Hamburg aufhält, hat in mehreren Fällen Wettbetrügereien begangen. Er ließ sich Eingahlungen von 50 Mk. machen, die er bei Buchmachern anlegte. Er hatte aber schon am erstem Auszahlungstermin kein Geld mehr. Klante, der noch wegen seiner Berliner Verfehlungen Strafe zu verbüßen hat, wurde daraufhin in Untersuchungshaft genommen.

Amundsen in Seattle angekommen

Seattle, 28. Juni. Roald Amundsen ist mit 16 Begleitern von Rome kommend hier eingetroffen.

Goldfunde in Neuguinea

London, 28. Juni. „Daily Telegraph" meldet aus Sydney, daß auf Neuguinea in den Bergen hinter Salomea, 60 Meilen nordwestlich Morobo am Bullaolufluß Gold gefunden worden sei. Die Beförderung zur Küste mache aber große Schwierigkeiten, da für den Transport infolge der Geländeschwierigkeiten 7 bis 8 Tage notwendig seien. Die erste Goldlendung sei in Sydney eingetroffen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg: Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstelle: Täglich 5 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dölau. Mittwoch, 30. Juni, abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung.

Nauendorf. Sitzung aller Parteirebeiter Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Alle Parteirebeiter haben zu erscheinen.

Nemmendorf. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, dem 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Dreiecksaus". Thema: Die Lehren des Volksentscheids. Referent: Genosse Schröter, Halle.

Künnern. Mitgliederversammlung Freitag, 2. Juli, abends 7 Uhr, im „Bürgergarten". Referent: Genosse Lebemann, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Erweiterte Funktionärsitzung sämtlicher Straßen- und Betriebszellen und aller Ressortleiter am Donnerstag, 1. Juli, abends 8½ Uhr, bei Mennicke.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilungen der BL.

Merseburg. Heute abend Unterbezirksleitungssitzung. Tagesordnung: Die politische Situation nach dem Volksentscheid und unsere Werbekampagne.

Alle Ortsgruppen treffen sich mit ihre Vorbereitungen für unsere Werbekampagne, die in der Zeit vom 3. bis 18. Juli stattfindet. Material wird rechtzeitig versandt.

Mitgliedskarte Nr. 20 881, lautend auf den Namen Rudolf Marsch, Zeitz, ist verlorengegangen. Die Karte wird hiermit gesperrt.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Ortsgruppen rüsten zur Sonnenwendfeier am 3. Juli in Ammendorf. Diese Veranstaltung ist eine Pflichtveranstaltung für jedes Mitglied. KJV.

Alle Fahrenschaftsfahrer, die am Montag die Fragebogen nicht abgeliefert haben, müssen dieselben **unbedingt im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends im Kinderheim abgeben,** da Dies eindeutig ist zur endgültigen Feststellung der Teilnehmer an der Sonnenwendfeier.

Mittwoch 7 Uhr Spiele auf der Peißnitz. Alle Genossen haben die Texte für den Sprechchor mitzubringen.

Donnerstag. Wegen dringender Vorbereitungen für die Sonnenwendfeier muß der Disziplinsabend um eine Woche verschoben werden.

Donnerstag, abends 7 Uhr, im „Volkspark" Jungturn kurze Fraktionssitzung. Alle Genossen müssen erscheinen.

Donnerstag, abends 8 Uhr, Sprechchorprobe in der Produktiv-Genossenschaft.

Freitag. Gruppenabende fallen aus. ½8 Uhr Generalprobe für die Sonnenwendfeier. Alle Musikspieler müssen ebenfalls erscheinen.

Sonnabend: Sonnenwendfeier. Treffen 3. Monarch ½8 Uhr abends Hallmark.

Ammendorf. Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendheim Monatsversammlung.

Nebelitz. Mittwoch, den 30. Juni, Vortrag über KJVD. und Rote Jungtrommler.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, den 30. Juni, Liederabend.

Querfurt. Sonntag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schützenhaus".

Beuna, Mittwoch, 30. Juni, abends ½8 Uhr, im Konsum Treffen aller Genossen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 29. Juni, Monatsversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Weißenfels. Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, Treffen auf dem Klemmberge. Die dahin müssen alle Sammellisten und Karten für die Fertentour abgerechnet werden.

Gröben-Kunthal. Donnerstag, den 1. Juli, findet die erste Zusammenkunft des neugegründeten Jung-Spartakus-Bundes statt. Arbeiterkellern, Parteigenossen, schickt Eure Kinder zu den Veranstaltungen des Jung-Spartakus-Bundes.

Unterbezirk Delitzsch

Donnerstag, den 1. Juli, Treffen der Ortsgruppen Delitzsch, Zschortau und Schladitz in Zschortau. Probe zur Sonnenwendfeier. Abmarsch der Ortsgruppe Delitzsch ½8 Uhr vom „Eisenhof". Instrumente mitbringen.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung I. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, hart für Eure Ferienwanderungen. Eingabingen beim Leiter.

Heute, Dienstag, den 29. Juni, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Bezirk 1 Verlammlung.

Mittwoch, den 30. Juni, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Bezirk 2 und 3 Versammlung. Thema: Die Situation nach dem Volksentscheid.

Freitag 6 Uhr Spielen auf der Peißnitz. Bei schlechtem Wetter in der Produktiv-Genossenschaft.

Nemmendorf. Dienstag, 29. Juni, ½8 Uhr, im Heim Versammlung.

Zeitz. Dienstag, den 29. Juni, nachmittags ½6 Uhr, am Jugendheim. Gruppenführer haben die Teilnehmerlisten u. die Fragezettel bezw. Schulgelder mitzubringen.

Zeitz. Freitag, den 2. Juli, nachmittags ½6 Uhr, am Jugendheim. Vor allem müssen sämtliche Pioniere erscheinen, welche sich in die Teilnehmerlisten eingetragen haben.

Zeitz. Bis Freitag, den 2. Juli, ist sämtliches ausgegebenes Material abzurechnen. In Zukunft etwas pünktlicher.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauselretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für ausmärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döhmer, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis

Im Laufe dieser Woche findet in allen Bezirken eine Kontrolle der Mitgliedsbücher statt. Die Gewerkschafter und die Bücher der Ex-Frontkämpfer sind zur Kontrolle, die in Bezirks-Funktionärs-Sitzungen durchgeführt wird, darf auch nicht ein Buch fehlen. Die Strichelkarten müssen mit vorgelegt werden. Funktionärs-Sitzungen finden wie folgt statt:

Bezirk 2 (Süden) Dienstag, 29. Juni, 8 Uhr, Dorlis Hof.

Bezirk 3 (Westen) Dienstag, 29. Juni, 8 Uhr, „Fröhlichen Zecher", Torstraße.

Bezirk 1 (Osten) Mittwoch, 30. Juni, 8 Uhr, Lohse, Rohplatz.

Bezirk 5 (Zentrum) Mittwoch, 30. Juni, 8 Uhr, Köppchen, Unterberg.

Bezirk 4 (Norden) Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, „Wolkspark".

Jungfront Donnerstag, 1. Juli, 8 Uhr, „Wolkspark".

In diesen Sitzungen ist der Kassenbericht vor 10 Pf. mit abzurechnen.

Dienstag, Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Reideburg. Freitag, 2. Juli, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung. Alles erscheinen.

Gesten. Donnerstag, 1. Juli, abends 8 Uhr, bei Glaser Mitgliederversammlung.

Gesten. Sonnabend, 3. Juli, abends 8 Uhr, Werbedezirksversammlung in Sennewitz.

Jungfront

Donnerstag, 1. Juli, abends 8 Uhr, im „Wolkspark" außerordentliche Funktionärsitzung. Alle Funktionäre haben mit dem gesamten Material zu erscheinen.

Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Zecher" Bezirkspflichtversammlung.

Bezirk 1 (Osten). Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, bei Lohse, Am Wasserturm Bezirkspflichtversammlung.

Alle Funktionäre lassieren von allen nicht nach Artern mitgefahrenen Kameraden 10 Pf. Extrabeitrag. Abrechnung die spätestens Mittwoch beim Bezirksleiter.

Untergau Merseburg

Rattmannsdorf. Dienstag, den 29. Juni, abends 7½ Uhr, üben die Spielleute auf dem roten Platz.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Sämtliche Ortsgruppen des Untergaues müssen sich restlos an dem Untergauztreffen in Wimmelburg beteiligen. Dasselbe findet am Sonntag, dem 4. Juli, in Wimmelburg statt, verbunden mit Fahnenübergabe.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" eine Mitgliederversammlung statt. Alles muß erscheinen.

Wolfen. Dienstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung beim Kameradschaftsabend. Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, 30. Juni, Versammlung.

Weißenfels. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, Antreten Rosalischweg zur Kollektivsammlung.

Hohenmölsen. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 9 Uhr, im Lokal Kupsch Pflichtversammlung. Stellungnahme zur Fahrt nach Wittenberg.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 30. Juni, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Raundorf. Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Bodnitz Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Raundorf-Bockwitz. Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, den 30. Juni, abends 8½ Uhr, Pflichtausmarsch. Antreten Altmarkt. Erscheinen ist Pflicht.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Ammendorf. Donnerstag, 1. Juli, abends 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärversammlung.

Geppin. Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr, Lokal Schmidt wichtige Funktionärbesprechung.

Hettstedt-Burgörner. Alle Unterkassierer müssen bis Sonnabend, den 3. Juli, kassieren und mit dem Kassierer abgerechnet haben. Die naturalbeiträge müssen bis Sonnabend, den 3. Juli, beim Gen. Knorre abrechnen. Alle Literatur ist bis zu diesem Tage abzugeben. „Rote-Helfer"-Träger zahlen das Abonnementsgeld für das dritte Quartal ebenfalls bis Sonnabend.

Hettstedt-Burgörner. Sonntag, den 4. Juli, vormittags 10 Uhr, Ortsausschußsitzung beim Gen. K. Knorre. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Erholung" (Paul Dürre, Burgörner). Thema: Die Kinderhilfe der RH. Zu dieser Versammlung werden die Jung-Spartakusen Hillmer und Siechous eingeladen. Die Kinderheim Berthadorf schildern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260629-17/fragment/page=0008